

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage 'Hoff und Zeit' sowie den Beilagen 'Unterhaltung und Wissen', 'Aus der Heimat', 'Frauenstimme', 'Der Kinderfreund', 'Jugend-Vorwärts', 'Blitz in die Böhmerwelt' und 'Kulturarbeit' erscheint wochentags zweimal, Samstags und Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kompatibilität... Die einseitige Kompatibilität... Die einseitige Kompatibilität...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 23. Juni 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Beamtendemonstration im Lustgarten.

Ein Appell der Beamtengewerkschaften.

Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, hat die Konferenz der Landesfinanzminister für die Beamten ein negatives Ergebnis gebracht.

Dieses Ergebnis war vorauszusagen. Die Konferenz der Landesfinanzminister bedeutet ja nichts anderes, als daß der Reichsfinanzminister bei seinen Kollegen in den Länderregierungen Deckung sucht und sie auch fand.

Für die Frage der Befoldung der Reichsbeamten ist und bleibt natürlich die Reichsregierung und der Reichstag allein entscheidungsberechtigt und verantwortlich.

Das Provinzialparlament Berlin des Deutschen Beamtenbundes und die Soziale Arbeitsgemeinschaft Deutscher Beamtengewerkschaften im Deutschen Beamtenbund veranstalten

heute abend 8 Uhr im Lustgarten eine Protestkundgebung.

Die Versprechungen der einzelnen Finanzminister und der politischen Parteien werden von den Beamten der unteren Befoldungsgruppen nicht mehr ernst genommen.

Aufruf an die Mitglieder des ADG.

Nach der machtvollen Demonstration des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes auf dem Bendarmenmarkt bei Zusammentritt des Reichstages hat nunmehr auch der Deutsche Beamtensbund eine

Außenpolitik im Reichstag.

Stresemann und die Deutschnationalen.

Heute um 3 Uhr nachmittags beginnt die außenpolitische Debatte des Reichstages mit einer Rede Dr. Stresemanns.

Am Freitagvormittag wird der Auswärtige Ausschuss tagen. Als erster Punkt steht auf seiner Tagesordnung das Kriegsgesetz.

öffentliche Kundgebung nach dem Lustgarten für heute abend 8 Uhr einberufen. Der DGB hat damals keine Mitglieder von der Kundgebung des ADG durch Aufruf und Flugblätter fernzuhalten versucht.

an der Demonstration im Lustgarten zu beteiligen.

damit sie eine Kundgebung der gesamten Beamtenschaft wird. Sie soll den Reichsparteien zeigen, daß es mit der Geduld der Beamtenschaft zu Ende ist.

Allgemeiner Deutscher Beamtensbund, Ortsausschuß Berlin.

Portoerhöhung und Befoldungsreform.

Was man den Beamten erzählt.

Leber die Frage der Erhöhung der Postgebühren läßt sich der 'Deutsche' von 'geschädigter Seite' schreiben, daß die Begründung der Vorlage durch die Reichspostverwaltung allerdings viel zu wünschen übrig gelassen habe.

'Nun wollte man mit solchen gewaltigen Summen die Wirtschaft nicht auf einmal belasten, so daß die Portoerhöhung einige Monate vorher durchgeführt werden sollte.

Also die 'geschädigte Seite' kündigt auch eine Gebührenerhöhung der Reichsbahn an! Der außerordentlich günstige Stand der Reichsbahn ist notorisch.

nalen werden deshalb von der völkischen Presse bereits lebhaft angegriffen. Es wird ihnen aber trotz allen Geschreis, daß die Außenpolitik radikal geändert werden müsse, nichts anderes übrig bleiben, als das Kriegsgesetz anzunehmen.

Die Erklärungen, die Herr Stresemann heute abgeben wird, waren Gegenstand einer sehr eingehenden Aussprache, sowohl im Kabinett wie auch im interfraktionellen Ausschuss der Regierungsparteien.

Keine Einigung der Regierungsparteien.

In später Abendstunde verlautet, daß eine Einigung über eine gemeinsam abzugebende Erklärung der Regierungsparteien nicht zustande gekommen ist.

Das Antigewerkschaftsgesetz.

Zwischenberatung im Oberhaus.

London, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das Unterhaus hat am Dienstag das 'Verichtsstadium' des Gewerkschaftsgesetzes abgeschlossen.

Vor der Entscheidung.

Zum Kampf um die Arbeitslosenversicherung.

In den nächsten Tagen wird der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten mit der zweiten Lesung des Gesetzesentwurfes über Arbeitslosenversicherung beginnen.

Drei große Fragen von weittragender sozialpolitischer Bedeutung stehen zur Entscheidung: die künftige Organisation der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung; ihre Selbstverwaltung und nicht zuletzt der materielle Arbeitslosenschutz.

Die Organisationsfrage hat eine Lösung in unserem Sinne gefunden. Es soll ein einheitlicher Träger für die Aufgaben der Arbeitsmarktpolitik und des Arbeitslosenschutzes geschaffen werden, der sich, seinen Bedürfnissen entsprechend, örtlich (Arbeitsämter) und zwischenörtlich (Landesarbeitsämter) gliedert.

Aber auch die beste organisatorische Lösung gleicht dem berühmten Messer ohne Klinge, dem auch das Heft fehlt, wenn es an Selbstverwaltung mangelt, der Geist der Verantwortlichen keine ausreichende Möglichkeit der Entfaltung hat.

Über auch die beste organisatorische Lösung gleicht dem berühmten Messer ohne Klinge, dem auch das Heft fehlt, wenn es an Selbstverwaltung mangelt, der Geist der Verantwortlichen keine ausreichende Möglichkeit der Entfaltung hat.

Beim Verwaltungsrat des Reichsamts liegen die Dinge ähnlich. Das Arbeitsnachweisgesetz bestimmt, daß die Vertreter der öffentlichen Körperschaften (Gemeinden, Gemeindeverbände, Länder) vom Reichsarbeitsminister nach Anhörung des Reichsrats berufen werden.

Die gegenwärtig bestehende stärkere Berücksichtigung der Gemeinden hat ihren Grund in ihrer Vorarbeit und ihren Erfahrungen auf dem Gebiete des öffentlichen Arbeitsnachweisens; sie werden auch zur Aufbringung der Mittel herangezogen.

Zur Sicherung einer wirklichen Selbstverwaltung ist ferner notwendig, daß das Aufsichtsrecht des Reichsarbeitsministers scharf abgegrenzt wird; es muß sich auf eine Ueberwachung der Innehaltung des Gesetzes beschränken.

Bestellung der Vorstehenden und bei der Festsetzung ihres Haushalts erhalten. Jede behördlich-bureaucratische Reglementierung ist der Todfeind der Selbstverwaltung. Freie Bahn dem Tüchtigen, das kann nur bei wirklicher Selbstverwaltung Wahrheit werden.

So entscheidend die Selbstverwaltung für die Durchführung eines Gesetzes ist, ein wirksamer Arbeitslosenschutz erfordert auch ein ausreichendes materielles Recht. Was sich die Parteien des Bürgerblocks auf diesem Gebiete geleistet haben, ist weit entfernt von der Erfüllung der Verfassungsbestimmung, daß für den notwendigen Unterhalt der Arbeitslosen gesorgt wird, wenn angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann.

Der Umfang der Arbeitslosenericherung muß sich auf alle Arbeiter und Angestellten erstrecken, insbesondere müssen also alle land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmer und das ländliche Gesinde einbezogen werden.

Voraussetzung für den Anspruch auf Versicherungsleistungen ist nach den Beschlüssen der ersten Lesung die Zurücklegung einer versicherungspflichtigen Beschäftigung von 26 Wochen in den letzten zwölf Monaten; gegenwärtig beträgt die Antwortfrist nur 13 Wochen.

Die Dauer der Unterstützung wird auf 26 Wochen verkürzt; der Verwaltungsrat kann sie bei besonders ungünstigem Arbeitsmarkt bis auf 39 Wochen ausdehnen; eine solche Verlängerung bedarf der Zustimmung des Reichsarbeitsministers. Auch hier eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem gegenwärtigen Zustand. Nach den amtlichen Ausweisen vom 15. Mai waren 502 499 Unterstützungsempfänger über 26 Wochen arbeitslos, davon 226 023 in der Krisenfürsorge also über 52 Wochen arbeitslos.

Die sozialdemokratischen Anträge über die Höhe der Unterstützung sind abgelehnt worden. Nach den Beschlüssen in der ersten Lesung soll die Unterstützung derjenigen Arbeitslosen, die Anspruch auf Versicherungsleistungen haben, pro Woche betragen:

Lebige:	Verheiratet m. 2 Kindern	Höchstbetrag
Klasse I	6.—	8.00
II	7.50	9.25
III	9.45	10.50
IV	10.80	12.15
V	13.20	14.85
VI	14.65	16.80
VII	15.75	18.—
VIII	17.85	20.40
IX	18.90	21.60

Das bedeutet für die unteren Lohnklassen ein wesentlicher Abbau der Unterstützungssätze, was gleichbedeutend mit Zwang zum Lohndruck ist; für die oberen Lohnklassen bedeuten die Beschlüsse der ersten Lesung eine nicht erhebliche Verbesserung der Unterstützungssätze.

Gegenwärtig erhält im Wirtschaftsgebiet III (Westen) Ortsklasse A ein nicht alleinstehender Erwerbsloser über 21 Jahre vom Beginn der neunten Unterstützungswoche an 12,60 M. pro Woche, im Wirtschaftsgebiet II (Mitte) Ortsklasse A pro Woche 11,80; der Verheiratete erhält im ersten Fall 16,20, im zweiten Fall 15,10 M.; der Verheiratete mit zwei Kindern erhält im ersten Fall 21,25 M. im zweiten Fall 19,75 M. Nach der amtlichen Erhebung vom 2. Juli 1926 waren über 80 Proz. aller Unterstützungsempfänger über 21 Jahre alt.

Der ledige Erwerbslose über 21 Jahre in den Wirtschaftsgebieten II und III erhält danach in den Klassen I bis 4 weniger an Unterstützung wie gegenwärtig von der neunten Unterstützungswoche ab; in diesen vier Lohnklassen befanden sich nach der vorerwähnten amtlichen Erhebung 44 Proz. aller Unterstützungsempfänger. Bei

den Verheirateten wird es noch schlimmer; hier muß der Verheiratete mindestens in den Lohnklassen 6 und 7 sein, um nicht schlechter gestellt zu werden.

Was geschieht mit den Arbeitslosen, die keinen Anspruch auf Versicherungsleistungen haben oder deren Anspruch erschöpft ist? In Zeiten andauernd besonders ungünstiger Arbeitsmarktlage hat der Reichsarbeitsminister eine Kriseunterstützung zugelassen. Sie kann auf bestimmte Berufe oder Bezirke beschränkt werden. Höhe und Dauer der Unterstützung können beschränkt werden; sie soll also niedriger wie die Versicherungsleistung sein. Die Unterstützung darf auch nur an Bedürftige gezahlt werden. So soll für den notwendigen Unterhalt gesorgt werden, wenn angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann.

Weil es keine Arbeitsgelegenheit gibt, sind die Empfänger von Krisenunterstützung zur Pflichtarbeit heranzuziehen. Das ist auch so ein erstaunliches Kapitel neuzeitlicher deutscher Sozialpolitik. Je größer die Arbeitslosigkeit, je umfangreicher nach den amtlichen Ausweisen die Pflichtarbeit. Man braucht sie angeblich zur Prüfung des Arbeitswillens, in Wirklichkeit, um billige Arbeitskräfte zu erhalten.

In diese sozialreaktionären Maßnahmen fügen sich die Beschlüsse über die Unterstützung Arbeitsloser bei Streit und Aussperrung gut ein. Wenn die Unternehmer beispielsweise zum Zwecke des Lohnabbaus aussperrten, dann sollen selbst die Versicherten fremder Betriebe, die als indirekte Folge der Aussperrung arbeitslos werden, nur dann unterstützt werden, wenn die Verweigerung der Arbeitslosenunterstützung für diese Arbeitslosen eine Unbilligkeit darstellen würde. Der Verwaltungsrat kann Richtlinien darüber aufstellen, in welchen Fällen eine Unbilligkeit regelmäßig anzunehmen ist; sie bedürfen der Genehmigung des Reichsarbeitsministers.

Die vorstehende Kritik der Ergebnisse der ersten Lesung zeigt, welche Änderungen notwendig sind, um die Grundzüge der Reichsverfassung in die Wirklichkeit umzusetzen. Nicht der Unternehmer, sondern die Arbeitskraft soll unter dem besonderen Schutze des Reiches stehen.

### Verlängerung des Pachtsschutzes.

Eine Lebensfrage für die Kleinbauern.

Der auf energisches Betreiben unserer Genossen vor einiger Zeit neugebildete Reichstagsausschuß für Siedlungs- und Pachtfragen (St. Ausschuß) hat zur Verlängerung der Pachtordnung Stellung genommen. Der Schutz der Pächter gegen willkürliche Kündigung und wucherische Ausbeutung durch die Grundbesitzer ist für Hunderttausende kleiner Bauern schließlich eine Existenzfrage.

Nach vor zwei Jahren wurde der Pachtsschutz aufs heftigste umstritten. Die angeblich so bauernfreundlichen Rechtsparteien waren drauf und dran, den gesamten Pachtsschutz kurzerhand aufzuheben. Da damals der sozialdemokratische Einfluß geringer war als heute, dekretierte die Mehrheit, daß alle Pachtverträge, die zwischen dem 1. März 1924 und dem 30. September 1925 abgeschlossen worden seien, nicht mehr dem Pachtsschutz unterstellt bleiben sollten. Also ein erster Schritt zum völligen Abbau!

Heute hat der Wind sich gedreht. Die kommenden Wahlen liegen den Bauernpartien in den Knochen. Die Kleinbauern stehen in ganz Deutschland in hellem Aufbruch gegen die Landbundgewaltigen. Das große Erwachen der Landproletarier ist in vollem Gange. Man spürt das in allen Verhandlungen.

Die Regierung sieht sich genötigt, die Verlängerung der Pachtordnung um zwei Jahre zu gewähren. Die Regierungsparteien sind bereit, mitzumachen. Ein erster Erfolg, den der Bauer auf das Konto seiner Revolte buchen darf! Mehr noch: die Mehrheit will der

Auslieferung der Pächter auch für die schulpflege Zeit aus den Jahren 1924 und 1925 nachträglich einen Riegel vorschieben. Das gilt vor allem für die Fälle, in denen überhohe Naturalpachten festgesetzt worden sind.

Die Sozialdemokratie wird bei den bevorstehenden Plenarverhandlungen den Versuch machen, weitere Verbesserungen zu erzielen. Sie verlangt nicht nur den Schutz gegen Wucher, sondern auch gegen willkürliche Kündigung für jene heute noch nicht geschützten Verträge. Sie wird ferner versuchen, Härten aus den Heuerlingsverträgen zu beseitigen. In diesen Verträgen werden auch die Frauen der Heuerlinge verpflichtet, in weitestem Maße Landarbeit mitzuleisten. Das führt häufig genug dazu, daß werdende Mütter und selbst kranke Frauen unter Androhung der Kündigung zu schwerer Landarbeit fern vom Hause gezwungen werden. Hier besteht Aussicht, die Mehrheit des Hauses für unseren Antrag zu gewinnen, der in Härtefällen der oben bezeichneten Art die Arbeitsverpflichtung der Frau vorübergehend aufheben will.

Weitergehende Wünsche zu verwirklichen, vor allem zu einem Dauerpachtrecht schon heute zu gelangen, ist leider bei der jetzigen Zusammensetzung des Hauses ausgeschlossen. Versuche, die dahin zielen, würden nur den Pachtsschutz als Ganzes gefährden. Immerhin ist festzustellen, daß der politische Einfluß der Bauernbewegung schon jetzt sich durchsetzt. Er wird es noch mehr können, wenn Land- und Stadtproletarier in Zukunft fester als bisher zusammenstehen.

### Die Kommunalwahlen in Preußen.

Bereinigung mit den Landtagswahlen?

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, rechnet man im Landtag mit einer Verabschiedung der neuen Landgemeinde- und Städteordnung noch vor dem 2. Juli. Da bisher als Termin für die Kommunalwahlen in Preußen an eine sechsmonatige Frist nach Verabschiedung des Gesetzes gedacht war, sollten die Kommunalwahlen in Preußen am 4. Dezember dieses Jahres stattfinden.

In einer interfraktionellen Sitzung der Regierungsparteien wurde jetzt jedoch geltend gemacht, daß die durch die neue Landgemeindeordnung erfolgende Aufhebung der Gutsbezirke zur Folge haben würde, daß eine große Anzahl Gutsbezirke, die im Laufe eines halben Jahres noch nicht eingegliedert werden könnten, nicht mitwählen würden und infolgedessen Nachwahlen stattfinden müßten. Das wäre um so mehr ein Mißstand, als das nächste Jahr ohnehin durch Reichstags- und Landtagswahlen starke Anforderungen an die Wähler stellen wird. Es wird deshalb jetzt erörtert, ob die Frist für die Abhaltung der Kommunalwahlen nicht herab erweitert werden kann, daß sie mit den preussischen Landtagswahlen zusammen erfolgen.

### Allgemeines Reichsbeamtengesetz.

Der Entwurf fertiggestellt. — Beratung erst nach der Sommerpause.

Der Entwurf eines allgemeinen Reichsbeamtengesetzes ist, wie der „Soz. Pressedienst“ erzählt, jetzt fertiggestellt. Die Verhandlungen über diesen Entwurf mit den Spitzenorganisationen werden nach den Sommerferien erfolgen.

Das große gesetzgeberische Werk soll an Stelle des alten Reichsbeamtenrechts vom Jahre 1873 treten. Alle verfassungsmäßig verankerten Rechte und Pflichten der Beamten, soweit sie schon geltendes Recht sind und soweit die Reichsverfassung sie programmatisch zusammenfaßt, werden in dem neuen Gesetz eingehend geschildert. Die dem Reichstag vorliegende neue Dienststrafordnung und das noch im Reichsrat zur Verhandlung stehende Gesetz über Beamtenvertretungen sollen später mit dem Reichsbeamtengesetz zu einem einheitlichen Gesetzeswerk verbunden werden.

## Die Volksbühne.

Ihre Entwicklung in den Jahren 1926/27.

Die Volksbühnenbewegung wendet sich an die arbeitenden und münderbemittelten Kreise der Bevölkerung. Deshalb mußte sich die wirtschaftliche Notlage des Volkes im vergangenen Winter auf die Entwicklung der Volksbühne im ungünstigen Sinne auswirken. Hat die Bevölkerung mit Not und Sorgen zu kämpfen, so werden Regelmäßigkeit und Neigung zu einem regelmäßigen Theaterbesuch nur gering sein. Und zu dieser ungünstigen wirtschaftlichen Situation treten die Konkurrenz von Film und Radio und das noch immer fehlende Interesse an sportlichen Veranstaltungen. Aber damit noch nicht genug.

Nicht zu verkennen ist, daß an vielen Orten die Situation der Volksbühnen durch Konkurrenzmaßnahmen geschäftstüchtiger Theaterleiter und Billethändler stark erschwert wird, die, besonders bei schlecht gehenden Stücken, Bureaus und Vereine aller Art mit Freikarten oder Gutscheinern überschwemmen. Oder sie gründen auch ihrerseits Organisationen, bei denen sie rein äußerlich das System der Volksbühne nachahmen, ohne ihren Geist zu übernehmen. Schließlich soll auch nicht eine wachsende Abneigung der Großstadtmenschen unserer Zeit übersehen werden, überhaupt noch Bindungen einzugehen, die zugunsten irgendwelcher selbständiger Veranstaltungen die Bewegungsfreiheit für eine längere Zeit einengen. Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen darf es nicht wundernehmen, wenn der große Aufschwung der Volksbühnenbewegung in den ersten Jahren nach der Revolution allmählich langsamer wurde, und wenn das letzte Jahr ihn überhaupt zum Stillstand kommen ließ.

Dieser Rückgang ist bezeichnenderweise fast restlos zu erklären durch Mitgliederverluste in den drei größten Organisationen des Verbandes. Die Berliner Volksbühne, wie die Organisationen in Dresden und Hannover erlitten nicht unerhebliche Einbußen. In Berlin verminderte sich die Zahl der Mitglieder um etwa 25 000, in Hannover und Dresden um je 10 000 bis 15 000. Das macht insgesamt einen Mitgliederverlust von 50 000. Wenn gleichwohl die Gesamtbewegung nur 15 000 Mitglieder einbüßte, so erklärt sich das einmal aus dem erfreulichen Wachstum zahlreicher mittlerer und kleinerer Vereine, Organisationen, wie beispielsweise die in Königsberg und Stuttgart, sicherten sich Tausende neuer Freunde. Außerdem gelang auch im letzten Jahre wieder die Gründung zahlreicher neuer Organisationen und die Gewinnung einiger bereits bestehender für den Verband. Das Wachstum zahlreicher älterer Organisationen und der Gewinn von mehr als dreißig neuen Organisationen brachte nahezu 40 000 neue Mitglieder. Der Verband der Deutschen Volksbühnenvereine umfaßt heute 263 Volksbühnenvereine mit insgesamt 540 000 Mitgliedern. Das heißt, der Verband ist auch heute noch eine gewaltige achtunggebietende Organisation. Von den örtlichen Organisationen steht Berlin mit seinen 125 000 Mitgliedern noch immer an der Spitze. Es folgen zwei Organisationen mit einer Mitgliederzahl zwischen 20 000 und 30 000, nämlich die in Hannover und Dresden. Drei Vereine umfassen zwischen 10 000 und 20 000 Mitglieder (Breslau, Chemnitz und Stuttgart). Betrachtet man das Verhältnis der Mitglieder der Vereine zu der Bevölkerungszahl der Orte, in denen sie ihren Sitz haben, so stehen manche der mittleren und gerade auch der kleinen

Vereine sehr viel günstiger da als die ganz großen. Unter diesen Organisationen gibt es verschiedene, die mehr als zehn Prozent der Gesamtbevölkerung in ihren Mitgliederzahlen haben. Große Fortschritte macht die Volksbühnenbewegung schließlich noch im Ausland. In Warschau, in Luxemburg, in Antwerpen und in Gent kamen Organisationen nach deutschem Vorbild zustande, und in Wien wurden lebhaft Erörterungen wegen Gründung einer neuen Volksbühne gepflogen.

Nicht ganz hundert Vereine führten ihre Mitglieder in Theater, die am Ort selbst ihren Sitz haben. Sieben oder acht Volksbühnen veranstalteten regelmäßig oder doch gelegentlich Gesellschaftsfahrten in benachbarte Städte. Dort, wo Volksbühnen sich an den Vorstellungen bestehender Theater beteiligten, geschah es in gut zwei Dritteln der Fälle derart, daß geschlossene Vorstellungen abgenommen wurden. Von den 540 000 Mitgliedern wurden etwa 520 000 regelmäßig ins Theater geführt, und jedes Mitglied erhielt im Durchschnitt etwa neun Aufführungen. Danach besetzen die Volksbühnen mit ihren Mitgliedern im Jahre nahezu 5 Millionen Plätze. Das Streben der Volksbühnen geht stets auf die Verwirklichung eines künstlerisch wertvollen Spielplans. Die Theater haben bei gutem Willen überall die Möglichkeit, bei jenen Vorstellungen, die sich auf Volksbühnenorganisationen stützen, ein Programm durchzuführen, wie es im allgemeinen bei den öffentlichen Vorstellungen nicht möglich ist, weil dann vor leeren Häusern gespielt werden müßte.

Reben den theatralischen Pflichtveranstaltungen boten auch im letzten Jahr viele Volksbühnen ihren Mitgliedern die Gelegenheit zum Besuch künstlerischer Sonderveranstaltungen verschiedenster Art, wie beispielsweise Konzerten, Tanzveranstaltungen, Vortragsabenden und Filmvorführungen. Einige Volksbühnen veranstalteten auch regelmäßig besondere Vorstellungen und Vortragsabende für Jugendliche. Immer mehr Interesse fand in den Volksbühnen der Sprechchor. Nachdem zunächst Chemnitz mit der Bildung eines Sprechchors vorangegangen war, folgten Berlin und Altona. Neben dieser Wirksamkeit der Sprechchöre versuchte man sich auch in einigen Städten am Dilettantenpiel. 59 Vereine lieferten ihren Mitgliedern unentgeltlich eigene, periodisch erscheinende Blätter. Die meisten von ihnen gelangten monatlich zur Ausgabe.

Der Protest des Verbandes gegen das Gesetz zum Schutz der Jugend vor Schmutz und Schand, der vor einem Jahr von dem Hamburger Volksbühnentag beschlossen worden war, wurde von der Verbandsleitung weiter verfolgt. Auch gegen den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Jugend bei Luftfahrten nahm man energisch Stellung.

Der Verbandsvorstand hatte von dem letztjährigen Volksbühnentag den Auftrag erhalten, die Idee eines Volksfilms zu verwirklichen. Das positive Ergebnis der Verhandlungen war die Bildung eines Ausschusses zur ständigen Prüfung aller neu erscheinenden Filme. Die Mitglieder der Filmkommission haben nach Besichtigungen der neu geschaffenen Filmzentrale des Verbandes zahlreiche Filme beurteilt. Unausgesprochen wurde endlich im Verbandsrat die Frage erörtert, wie es gegebenenfalls möglich wäre, den kleineren Vereinen durch Gründung einer Bandoper auch Gelegenheit zur Veranstaltung musikalischer Aufführungen zu schaffen. Allerdings ist kein positives Resultat bisher erzielt worden, denn für eine eigene Opernwunderbühne fehlen noch die finanziellen Mittel.

Während nun im allgemeinen die Arbeit der örtlichen Volksbühnenvereine ohne ernsthafte Erschütterung vor sich ging, kam es in Berlin bedauerlicherweise gegen Ende der Spielzeit zu lebhaften Auseinandersetzungen anlässlich der Piscatorischen Inszenierung des Weislichen Dramas „Gewitter über Gottland“. Der Konflikt brachte der Volksbühne den Austritt von einigen hundert Mitgliedern, jedoch keine ernsthafte Erschütterung des Verbandes und in gewissem Sinne sogar eine wertvolle Klärung.

### Seine letzte Premiere.

Bestes Premierenpublikum mit überwiegend weiblichem Einschlag, sehr viele elegante Toiletten, die Creme der Wiener Gesellschaft. Der gewaltige Andrang des Publikums erfordert strenge Absperrungsmaßnahmen. Man will wissen, daß für Eintrittskarten Phantasiepreise im Scheinhandel gezahlt wurden.

Die Wiener Premiere, über die solche Mitteilungen in der Presse zu lesen sind, muß doch wohl ein ganz sensationelles Ereignis sein. In ihrem Mittelpunkt steht der berühmte rumänische Heldentor Trajan Grofavescu. Aber das ist doch toll! Ganz recht, und um seiner Ermordung willen hat sich jetzt seine Gattin zu veranlassen. Die Premiere findet nicht im Theater, sondern im Gerichtsfoal statt.

Wir sind der naiven Meinung, daß eine Gerichtsverhandlung wegen Gattenmordes ein unendlich trauriges Ereignis sei. Die Tragödie zweier Menschen, die hier vor aller Öffentlichkeit bis in ihre kleinsten Einzelheiten aufgeführt wird, kann nur mit tiefstem Erscheu gewürdigt werden. Aber wir haben offenbar keine Ahnung von dem, was „Schid“ ist, was „man“ unbedingt gesehen und gehört haben muß. Was schert „die Creme der Wiener Gesellschaft“ die erschütternde Tragödie in der Bergmüllersgattin der Gattin des gefeierten Sängers zum Ausdruck kommt! Der „überwiegend weibliche Einschlag“ des „besten Premierenpublikums“ braucht einen Herdenfänger, der den Stumpfsinn des Alltagslebens angenehm unterbricht. Er braucht eine Gelegenheit, um seine „eleganten Toiletten“ einem möglichst zahlreichen und gewählten Publikum vorzuführen. Er muß eben auch „dabei gewesen sein“. Er braucht Gesprächstoff; er spitzt sich lustern auf pikante Enthüllungen; er möchte gar zu gern ein wenig mit herumknäueln in den erotischen Intimitäten des Ermordeten und der Angeklagten. Die Seelenqualen einer eifersüchtig überreichten Frau lassen ihn kalt. Er dürft einzig und allein nach der Sensation für „die Creme der Gesellschaft“, und er läßt es sich eine Stange Geld kosten, um eine Eintrittskarte für dieses sensationelle Gerichtsverhandlung zu erhalten. Und ist es nur eine Wiener Angelegenheit, auch Frau Chamberlin und Frau Levine sollen sich im Gerichtsfoal gezeigt haben.

Was für eine Besinnungsprobe liegt doch in dieser lebhaften Teilnahme der eleganten Wiener Gesellschaft an der Gerichtsverhandlung gegen Frau Grofavescu! Die Bourgeoise konnte ihre geistige Präge nicht deutlicher zeigen. Hubert Vastarl.

Die Hauptversammlung der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften wird am 25. und 26. Juni in Dresden stattfinden. Die Tagesordnung bringt u. a. einen Vortrag des Prof. Dr. H. R. H. über „Die experimentelle Erzeugung leistungsfähigerer Rassen unserer Kulturpflanzen“.

## Die Putschpläne vor Gericht. Makraun wegen übler Nachrede — Sodenstern wegen formaler Beleidigung verurteilt.

Im Prozeß Sodenstern—Makraun schien es gestern einen Augenblick, als ob der angeklagte Bergleib möglich wäre. Nach langem Hin und Her aber entschied Makraun, er wolle keinen Vergleich. So mußte in die Beweisaufnahme eingetreten werden.

Nun gab es gewissermaßen den Leipziger Witzing-  
Prozeß in verkürzter Auflage. Als erster trat der „klassische“  
Zeuge Käschage auf, ehemaliger Geschäftsführer der Jung-  
deutschen und Makrauns Gewährsmann. Mit größter Bestimmtheit  
erklärte er, Sodenstern habe auf der bekannten Führeraus-  
sprache nichts anders gesagt, als er später im Bureau des Jung-  
deutschen Ordens zu Protokoll gegeben habe. Er bleibe dabei, der  
Inhalt des Protokolls entspreche den Ausführungen Sodensterns.  
Und das beschwor Käschage. Der jetzige Bundeskanzler der Jung-  
deutschen, Bornemann, schildert als zweiter die näheren Um-  
stände, unter denen Käschage seine Angaben in die Maschine  
diktieren hat.

### Ehrhardt sagt aus.

Vor dem Zeugentisch steht Kapitän a. D. Ehrhardt. Er schwört:  
er habe nie Sodenstern beauftragt, der Propagierung  
eines Kommunistenputsches das Wort zu reden; wenn die Witzinger  
derartige Gedanken gehabt hätten, so wären sie kurzerhand  
hinweggeschlagen. Er sei auch nie zu einer Führeraus-  
sprache mit Sodenstern und General o. Lud bei einem Glase  
Bier in einem Lokal eine ausführliche Unterredung gehabt  
habe. Das muß Ehrhardt zugeben; er bestreitet aber,  
sich selbst in dem Sinne geäußert zu haben, daß ein Kommunisten-  
putsch ein gewünschter Anlaß für ein Eingreifen der Vaterländischen  
Verbände sein würde. Da wird ihm entgegengehalten, daß selbst  
Sodenstern zugibt, diese Ansicht in seinem Auftrage geäußert zu  
haben. Dann habe dieser seine Kompetenzen über-  
schritten, meint Ehrhardt dazu.

### Glaß hat es nicht gewollt.

Justizrat Glaß als Zeuge. Ob er je die Ansicht geäußert habe,  
man müsse einen Kommunistenputsch provozieren? Dann würde er  
sich freiwillig ins Irrenhaus melden, erklärt Glaß. Ob  
nicht in seiner Gegenwart solche Äußerungen gefallen seien? Nicht,  
daß er es wüßte. Der Richter macht den Zeugen darauf aufmerk-  
sam, daß er auf gewisse Fragen die Antwort verweigern könne,  
da gegen ihn ein Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat  
schwebt. „So etwas gibt es bei mir nicht“, antwortet trotz  
der Justizrat. Die Vertreter der Nebenkläger nehmen den Zeugen  
scharf ins Gebet. Ob er nicht zu einer mehrteiligen Führeraus-  
sprache in Münster dem Stadtrat Tenfelde gegenüber doch etwas  
über Putschabsichten habe verstanden lassen? Ob er nicht beabsichtigt  
habe, die Regierung Marx-Stresemann zu stürzen? Ob er nicht  
geäußert habe, daß er und Borjig einig seien? Nein, erklärt der  
Zeuge, er habe nie ähnliches gesagt; auf die Frage betrefft etwaiger  
Äußerungen über Putschabsichten brauche er überhaupt an dieser  
Stelle nicht Antwort zu geben; er wolle es aber doch tun. Er habe  
nie, auch nicht den leinsten Gedanken gehabt, die Regierung Marx-  
Stresemann zu stürzen; auch Putschabsichten seien ihm ferngelegen —  
und das beschwor Justizrat Glaß unter Anrufung des Namens Gottes.  
Im übrigen sprach er keine Empörung darüber aus, daß man den  
Namen Borjig in diesem Zusammenhang mißbraucht habe.

Nun folgt aber der Stadtrat Tenfelde. Auch er bestreitet mit  
aller Entschiedenheit, daß während der Führeraus-  
sprache in Münster etwas über die Propagierung eines Kommunistenputsches gesprochen  
worden sei. Als man dem Zeugen über zu Rede rückt, muß er zu-  
geben, daß auf dieser Führeraus-  
sprache, der auch Glaß beigewohnt  
hat, wohl von einer Beleidigung des Spätkers für den Fall  
gesprochen worden sei, daß es zu einem Putsch käme. Auch von  
den von Tag zu Tag schlechter werdenden wirtschaftlichen Verhält-  
nissen, die zu Arbeiterentlassungen führen müßten,  
war die Rede. Auch der Name Borjig sei in diesem Zusammenhang  
gefallen. Mit einem Worte: der Inhalt dieser Beschuldigungen be-  
trifft so ungefähr mit dem inframinierten Protokoll.

Als letzter Zeuge erscheint der Presserwart der Jungdeutschen,  
Herr Abel, ohne wesentliche Neues zu bringen.

In den Klädchens, die nun folgten, warfen sich die Par-  
teien noch im letzten Augenblick wenig schöne Dinge gegenseitig an  
den Kopf. Herr Sodenstern erklärte übrigens, daß das Proto-  
koll ihm in einer ungläublichen Weise geschadet habe, insbesondere  
bei dem Teile der Bevölkerung, den er für am wertvollsten halte:  
bei den Hand- und Kopparbeitern. Man habe ihn als  
unsozial beschrien. Worauf Makraun erwiderte, daß es gar nicht  
seine Absicht gewesen sein konnte, Herrn Sodenstern als unsozial  
hinzustellen, und daß dies auch nicht notwendig gewesen sei, da Herr  
Sodenstern und der Kreis, zu dem er gehört, ungefähr so das  
Unsozialste vorstelle, was man sich überhaupt nur denken  
könne.

Nach einer etwa halbstündigen Beratung verkündete Amts-  
gerichtsrat Bücherl das Urteil: sowohl Sodenstern als auch Makraun  
sind für schuldig zu befinden; der erste sei wegen übler Nach-  
rede in einem Falle aus dem § 186 zu 300 Mark Geld-  
strafe, der andere wegen Beleidigung in sechs Fällen aus  
§ 185 zu 100 Mark Geldstrafe. Die Parteien tragen die  
Kosten des Verfahrens zur Hälfte und sind verpflichtet, auf eigene  
Kosten zum gegenseitigen Abdruck des Urteils im „Jungdeutschen“  
und in der „Deutschen Zeitung“. Der Verurteilte Pasternacki sei frei-  
zusprechen.

Beide Parteien haben natürlich Berufung gegen das Urteil  
angekündigt.

## Klarheit, Herr Poincaré!

### Die Sozialisten fordern sie.

Paris, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialistische  
Kammergruppe wird die Regierung über ihre Innen- und Außen-  
politik interpellieren. In früheren Zeiten bildeten solche General-  
interpellationen Anlaß zu großen parlamentarischen Kämpfen, wobei  
es meistens um die Existenz des Kabinetts ging. Es ist deshalb nicht  
zu verwundern, wenn die gesamte bürgerliche Presse, in erster  
Linie die der Rechten, den Sozialisten jetzt nachsagt, sie wollten  
noch vor den Sommerferien eine Krise hervor-  
rufen, um wieder ein rein linksbürgerliches Kabinett aus Ruder  
zu bringen. In Wirklichkeit ist es der sozialistischen Kammerfrac-  
tion keineswegs darum zu tun, im gegenwärtigen Augenblick eine  
Krise herbeizuführen. Was sie will, ist Klarheit zu schaffen über  
die Richtung der Regierungspolitik.

Sowohl innen- wie außenpolitisch laufen die ver-  
schiedensten Tendenzen im Kabinett Poincaré dur-  
cheinander. Die einzelnen Kammergruppen und die Kammer in  
ihrer Gesamtheit zu zwingen, dazu Stellung zu nehmen und ihren  
eigenen Standpunkt zu präzisieren, das ist der Zweck, den die  
sozialistische Fraktion mit ihrer Generalinterpellation verfolgt.  
Den Auslöser für ihren Beschluß hat die Rede Poincarés in  
Dunéville gegeben, und die von der nationalistischen Presse als  
späte aber dankenswerte Rückkehr zu den vom Kartell allzuleichten  
Herzens ausgegebenen Methoden, wie sie unter dem Bilde national  
mahgebend waren, begrüßt wird.

Die deutsch-türkischen Handels- und Niederlassungsverträge sind  
ratifiziert und treten am 22. Juli in Kraft.

# Widersprüche in der Wirtschaftspolitik.

## Für hohe Reallöhne — aber nicht gegen Lebensmittelzölle.

Die Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius  
vor dem Industrie- und Handelstag in Hamburg, die bereits  
in unserer gestrigen Abendausgabe gewürdigt wurde, enthält  
noch eine Reihe von wirtschaftlichen Feststellungen, die für  
die künftige Handelspolitik von größter Wichtigkeit  
sind. Die Großagrarien verlangen die Hochschutzzölle immer  
wieder zum Zwecke der Verhinderung der Lugeuseinfuhr.  
Hierzu sagte Curtius:

Das Verbot der Lugeuseinfuhr — das manche anregen — ist  
ein reines Schlagwort. Zahlenmäßig würde diese Maßnahme nichts  
Bedeutendes zur Senkung der Einfuhr beitragen — die gesamte  
sogenannte Lugeuseinfuhr, einschließlich Kaffee, Seidenwaren usw.,  
belaßt sich auf 8 Proz. der Einfuhr, — dagegen würde sie die  
Führung unserer Handelspolitik und damit unsere  
Ausfuhr gefährden. Das Ziel einer ausgeglichener und einer  
sich fortschreitend aktivierenden Handelsbilanz muß nach wie vor  
durch Steigerung der Ausfuhr angestrebt werden.

Das ist eine schroffe Abfuhr für die Land-  
händler, als deren Sachwalter Herr Schiele im Reichs-  
ernährungsministerium sitzt. Bemerkenswert ist auch, was  
Curtius über den Zweck der Rationalisierung ausführte:

Ziel aller Rationalisierung muß jedenfalls eine Vergrößerung  
des Absatzes auf der Grundlage verbilligter Gütererzeugung sein.  
Die Erreichung dieses Zieles braucht Zeit, aber sie darf nicht durch  
entgegengesetzte Bestrebungen beeinträchtigt werden. Senkung der  
Preise und entsprechende Steigerung des Realeinkommens ist der  
Weg, und wahrscheinlich der einzige Weg, auf dem sich eine Ver-  
besserung der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen  
ohne Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen  
Volkswirtschaft erreichen läßt. Die umgekehrte Entwicklung, die in  
einer gegenseitigen Steigerung von Preisen und Nominallöhnen  
besteht, führt zu keiner Besserstellung der Bevölkerung, muß den  
Absatz nach dem Auslande schmälern und damit rückwirkend eine  
Verteuerung der Waren auch im Inlande herbeiführen. Aus diesen  
Erwägungen habe ich die Erhöhung der Kohlenpreise  
unterstützt und kann mir nicht vorstellen, daß der nach wenigen  
Wochen erneuerte Antrag, wenn nicht ganz unerwartete Ereignisse  
eintreten, zu einer anderen Entscheidung führen wird. Auch die  
Rücksicht auf die Lage der Kohlenindustrie selbst schien mir keine  
andere Entscheidung zu rechtfertigen. Ich hätte dann wesentlich mit  
Befürchtungen und Wahrscheinlichkeiten, nicht aber mit nachgewie-  
senen Realitäten rechnen müssen.

Für ebenso verhängnisvoll wie eine Erhöhung der  
Kohlenpreise würde ich im gegenwärtigen Augenblick eine Steige-  
rung der Eisenpreise ansehen. Ich hoffe, daß auch diese ver-  
mieden werden kann.

Also Steigerung der Reallöhne soll das Ziel  
sein. Es ist anzuerkennen, daß der Wirtschaftsminister, ent-  
gegen den Wünschen der Interessentenvertretungen Preis-  
erhöhungen sucht zu vermeiden. Er hat dazu sogar den  
Abbau der Industriezölle angekündigt. Man muß  
sich jedoch fragen, ob nicht auch die Durchführung dieser wohl-  
gemeinten Forderung wieder auf dem Papier stehen  
bleiben wird. Die Industriezölle sind jetzt für deshalb so  
hoch, weil Agrarier und Großindustrielle jenes Zollbünd-  
nis eingegangen sind, als dessen reifste Frucht das heutige  
Bürgerblockkabinett gelten muß. Die Agrarier  
waren es, die die nach Curtius künstlich bewirkte Ueber-  
belastung von Industriefabrikaten mit Zöllen bewilligt haben,  
weil sie dadurch auch Schutzzölle für sich erlangten. Wenn  
nun Curtius die Nahrungsmittelzölle heraufsetzt, so, wie das  
jetzt eben wieder geschieht, dann wird ein Teil der  
Reallöhnerhöhung wieder fortgenommen, die durch  
eine Senkung der Industriezölle erfolgen könnte. Zoll-

abbau auf der ganzen Linie ist die einzige Lösung aus  
dem Konflikt, der innerhalb der Reichsregierung besteht. Zu  
dieser Lösung vermag sich Herr Curtius nicht zu entscheiden.  
Und daher wird auch seine Erkenntnis von der Notwendig-  
keit der Erhöhung des Reallohnes nur eine halbe Er-  
kenntnis sein, die vielleicht noch schlimmer ist, als jene  
totale Unkenntnis volkswirtschaftlicher Zusammenhänge, die  
bei der Verabschiedung der Zollvorlage von 1925 Bate  
standen hat. Bemerkenswert bleibt, daß jetzt ein Reichs-  
blockminister zugeben muß, wie damals die Bergewal-  
tigung der Opposition und der Sieg der Zollmehr-  
heit keineswegs der deutschen Wirtschaft die versprochenen  
Vorteile gebracht hat.

### Die Entschließung des Industrie- und Handelstages.

Die vom Industrie- und Handelstag einstimmig beschlossene  
Resolution unterstreicht noch einmal die Auffassungen des  
Ministers Dr. Curtius zur Außenhandelspolitik. In dieser Resolution  
wird auf die unauflösbare Verflechtung der deut-  
schen Wirtschaft mit der Weltwirtschaft hingewiesen. Die Er-  
nisse der Weltwirtschaftskonferenz werden be-  
grüßt und sollen von den Handelskammern unter-  
stützt werden. Der Reichsregierung spricht der Industrie- und  
Handelstag sein Vertrauen aus. Es wird ferner von den privatwirt-  
schaftlichen Betrieben das Anstreben des höchsten Grades  
der Leistungsfähigkeit gefordert durch die allein  
Abbau, Reallohn, und Kaufkraft günstig beeinflusst werden können.  
Zu der Frage der Sozialpolitik wird festgestellt, daß es dringend  
geboten erscheine, daß seitens der Reichsregierung auf größte Spar-  
samkeit, insbesondere bei den Verwaltungskosten, geachtet und der  
Sozialaufwand einer eingehenden Prüfung unterzogen werde, um  
eine Ueberbürdung des deutschen Wirtschaftskörpers zu verhindern.  
Auf dem Gebiete der Steuern, heißt es in der Entschließung weiter,  
müsse vor allem eine alsbaldige Lösung des Reichsfinanz-  
ausgleichs herbeigeführt werden. Eine starke gemeindliche Selbst-  
verwaltung sei unentbehrlich. Zu dem Punkte Zwangswirt-  
schaft spricht der Deutsche Industrie- und Handelstag die Er-  
wartung aus, daß die wirtschaftliche Tätigkeit des Staates sich auf  
die großen handels-, steuer- und sozialpolitischen Maßnahmen be-  
schränken und von Einzelschritten absehen würde.

### „Illusionspolitik.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist tüchtig darüber er-  
stört, daß der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius es gewagt hat,  
dem Landtagsminister Schiele auch einmal die Wahrheit zu sagen.  
Schiele war es bekanntlich, der, offenbar ohne Zustimmung des  
Kabinetts, die phantastischen handelspolitischen Vorstellungen des  
Reichslandtags als Regierungsmeinung überall, unter  
anderem auch vor dem Deutschen Landwirtschaftsrat in Steinfurth,  
propagiert. Daß Curtius es auch nur gewagt hat, gegen die Industrie-  
zölle aufzutreten — die Agrarier hatten er selbst verteidigt —,  
das ist in den Augen der Großagrarien und ihrer Pressefunktionäre  
ein unverzeihliches Verbrechen. „Illusionspoli-  
tik“ nennt das führende Agrarierorgan die Bestrebungen von Curtius,  
Deutschland in die Weltwirtschaft einzugliedern. Sie wirft ihm  
einseitige Beurteilung vor, erklärt seinen Optimismus als ungerech-  
fertigt und ruft dabei als Kronzeugen ausgerechnet den Repara-  
tionsagenten an! Das ist der Höhepunkt nationaler Selbstentäu-  
ferung. Aber was tut man nicht für ein paar Groschen Zoll!

Wäre nicht bekannt, daß die Deutschnationalen in Regierungs-  
fragen besser mit sich handeln ließen, als die dunkelhäutigen  
Inhaber türkischer Bajare, so müßte man bei derart starken Gegen-  
sätzen die Gefahr einer Regierungskrise befürchten. Doch der Bürger-  
block steht so fest und trau, daß ihm die theoretischen Diskussionen  
der Curtius und Schiele nicht zu viel anhaben werden.

## Englische Arbeiterchaft gegen Moskauterror Protest der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei.

London, 22. Juni. (W.B.) Der Generalrat der englischen  
Gewerkschaften und der geschäftsführende Ausschuss der Arbeiter-  
partei haben heute in einer gemeinsamen Sitzung eine Entschließung  
angenommen, in der es heißt: Unter Anerkennung der außerordent-  
lichen Schwierigkeiten und Gefahren, die die politische Situation für  
Rusland mit sich bringt, und in voller Würdigung der gerechtfertig-  
ten Empörung der Sowjetregierung über das Attentat auf Wostoff  
halten sich doch die hier in einer gemeinsamen Sitzung vereinigten  
Delegierten für genötigt, gegen eine Politik zu protestieren, die ein-  
gestandenermaßen an der Ermordung Wostoff unbeteiligte  
Personen als Repräsentanten gegen diese Ermordung hin-  
richten läßt. Sie sind der Ansicht, daß eine Politik, die dem Mord  
den Mord entgegensetzt, nur verhängnisvolle Folgen  
für Sowjetrusland haben kann, und geben der festen Hoffnung Aus-  
druck, daß die in Sowjetrusland geböte Praxis, Persönlichkeiten hin-  
zurichten, weil sie sich politischer Delikte schuldig gemacht haben, ein-  
gestellt werden wird.

## Die Auflehnung des Sejms.

### Wird Bilsudski ihm davonjagen?

Warschau, 22. Juni. (W.B.) Längere Konferenzen zwischen  
Staatspräsident Roscicki und Marschall Bilsudski sowie  
dem Vizepräsidenten Dr. Bartel gaben Anlaß zu der Ver-  
mutung, daß die Regierung aus dem gegen die Absichten Bilsudski  
gerichteten Sejm beschluß, der ihm die Möglichkeit der Selbst-  
auflösung zurückgibt, weitgehende Konsequenzen ziehen werde. Man  
rechnet mit der Möglichkeit einer Auflösung des Sejms durch  
den Staatspräsidenten.

Warschau, 22. Juni. (D.E.) Im Auftrage aller Parteien  
der Minderheitsvölker erklärte der ukrainische Sejmabg. Chruscki,  
daß die Vertreter der nationalen Minderheiten die Nichtbe-  
teiligung an den Beratungen über das neue Selbstverwaltungs-  
gesetz beibehalten.

### Chorzow-Prozess im Haag.

Haag, 22. Juni. (W.B.) Im Großen Sitzungssaal des  
Friedenspalastes wurde die erste öffentliche Verhandlung des Stän-  
digen Internationalen Gerichtshofes im deutsch-polnischen Chorzow-  
Streitfall eröffnet. Nachdem die beiden dem Gerichtshof in diesem  
Streitfall beigegebenen Richter aus Deutschland und Polen, Pro-  
fessor Rabel, Berlin und Professor Ehrlich, Gießen, vom  
Präsidenten Professor Dr. Huber auf die Sitzung des Gerichtshofes  
vereidigt worden waren, nahm der polnische Generalagent bei den  
genannten deutsch-polnischen Schiedsgerichten, Sobolewski, das  
Wort, um den polnischen Einwand der Unzuständigkeit des  
Internationalen Gerichtshofes für diesen Streitfall zu begründen.  
Seine Darlegungen wurden durch den zweiten polnischen Sach-

walter, den früheren griechischen Außenminister und jetzigen  
Pariser Universitätsprofessor Politis, ergänzt, wobei sich beide  
Redner auf einzelne Bestimmungen der deutsch-polnischen Konven-  
tion über Oberschlesien, des Versailleser Vertrages und auf den Wort-  
laut der letzten bereits in der Chorzow-Angelegenheit vom Inter-  
nationalen Gerichtshof gefällten Entscheidung vom Rat 1926  
beriefen.

Die Verhandlung wurde am Nachmittag auf morgen nachmittag  
vertagt, wo der Sachwalter der deutschen Regierung, Professor  
Kaumann-Bonn, sprechen wird.

## Tsingtau erobert.

### In der Hand der Südkruppen.

London, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Aus Schanghai wird  
gemeldet, daß General Tschiangkai-schek Tsingtau ein-  
genommen hat. Außerdem soll mit der unmittelbar bevorstehen-  
den Kapitulation des Generals Sun, des Gouverneurs von Schan-  
tung, vor der Nationalarmee zu rechnen sein. Eine andere Besatzung  
besetzt ein Unterkommandierender des Generals Sun habe sich in  
Tingtau gegen seinen Vorgesetzten erhoben und die Stadt an  
Tschiangkai-schek übergeben.

## Der Albanien-Konflikt.

### Eine Kollektivnote der Großmächte an Jugoslawien.

Belgrad, 22. Juni. (W.B.) Die Gesandten der vier  
Großmächte suchten heute beim Minister des Aeußeren, Dr.  
Marinkowitsch, um eine Audienz nach, um ihm eine Kol-  
lektivnote der Mächte bezüglich der gütlichen Beilegung des  
Konflikts mit Albanien zu überreichen. Minister Dr. Marinkowitsch  
wird die Gesandten der Großmächte morgen um 5 Uhr nachmittags  
empfangen.

Angesichts der versöhnlichen Haltung der Belgrader Regierung  
während des ganzen Konflikts mit Albanien hält man es in diplo-  
matischen Kreisen für sicher, daß der Minister des Aeußeren, Mar-  
inkowitsch, den Wünschen der Großmächte unter der Voraus-  
setzung entgegenkommen werde, daß auch die albanische  
Regierung den Ratschlägen der Großmächte Folge leistet. Die  
Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen dem  
Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen und der Republik  
Albanien wird demnach schon in Kürze zu erwarten sein.

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags wurde am Mit-  
woch bei der Beratung des Gesetzesentwurfes über Arbeitslosen-  
versicherung in zweiter Lesung die Zulassung von Er-  
werbslosen zur Arbeitslosenversicherung abgelehnt. Während  
Sozialdemokraten, Kommunisten und Wirtschaftsparteiler gegen  
die Zulassung stimmten, spalteten sich die Mitglieder der übrigen  
Parteien bei der Abstimmung.

# Selb bleibt gelb.

## Die abgeblühten Agrarier.

Der Unterausschuß des Verfassungsausschusses, der mit der Beratung der an das Präsidium des Reichswirtschaftsrats gerichteten Eingabe des Reichslandarbeiterbundes und des Reichsverbandes der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitervereinigungen, betreffend Anerkennung des Reichslandarbeiterbundes als wirtschaftliche Organisation von Arbeitnehmern im Sinne der arbeitsrechtlichen und wirtschaftspolitischen Gesetzgebung, betraut worden war, hat nunmehr seine Beratungen zum Abschluß gebracht und deren Ergebnis dem Vorstande vorgelegt.

Das Gutachten des Reichswirtschaftsrats geht dahin, daß der Reichslandarbeiterbund keine selbständige Organisation von Arbeitnehmern ist. Da die Selbständigkeit aber die Voraussetzung ist, um als wirtschaftliche Vereinigung von Arbeitnehmern im Sinne der arbeitsrechtlichen und wirtschaftspolitischen Gesetzgebung anerkannt zu werden, verneint der Reichswirtschaftsrat die Eingabe des Reichslandarbeiterbundes und erklärt, daß dieser keine Vereinigung von Arbeitnehmern im Sinne der arbeitsrechtlichen und wirtschaftspolitischen Gesetzgebung sei.

Die Gründe für diese Entscheidung sind das Resultat der Untersuchungen von Sachungen sowohl verschiedener Unterverbände des Reichslandarbeiterbundes als auch der des Pommerischen Landbundes und einiger seiner Kreisgruppen, denen die Arbeitnehmerorganisationen korporativ angeschlossen sind. Aus diesen Sachungen ergab sich bereits einwandfrei das Fehlen einer wirklichen Selbständigkeit dieser Arbeitnehmerorganisationen, so daß sich ein Eingehen auf weitere Einzelheiten erübrigte. Ueber das Ergebnis der Beratungen wird ein eingehender Bericht der Reichsregierung übermittelt werden. Damit ist der Versuch der Unternehmer, mit Hilfe des von ihnen ausgehaltenen „Reichslandarbeiterbundes“ sich vom Abschluß und der Einhaltung von Tarifverträgen zu drücken, gescheitert. Wir kondolieren.

# Die Schlichter pfeifen auf das Gesetz.

## Gehorchen sie dabei Herrn Brauns?

Bochum, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Für die Arbeiter der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte Rheinland-Westfalens wurde am Mittwoch in Bochum unter Vorsitz des Schlichters folgende Vereinbarung getroffen: Für die nach der bestehenden Arbeitszeitregelung geleistete Mehrarbeit wird für die 49. Wochenarbeitsstunde (Einschichtarbeiter) ein Zuschlag von 15 Proz. vom Stundenlohn gezahlt. Für die übrigen Arbeiter (Zweischichtarbeiter) beträgt der Zuschlag für die 49. bis 60. Wochenarbeitsstunde 7 1/2 Proz. Die tarifvertraglichen Bestimmungen werden durch diese Regelung nicht berührt. Es gilt ab 1. Juli 1927 und endet mit dem zurzeit bestehenden Arbeitszeitabkommen. (Das Gesetz schreibt 25 Proz. vor, überläßt es aber den Parteien, eventuell einen höheren Zuschlag zu vereinbaren. Dieser Schiedsspruch ist eine Herausforderung.)

# Verbandstag der Textilarbeiter.

Die Lage der Textilarbeiter in Indien stand am dritten Verhandlungstage der Hamburger Tagung des Deutschen Textilarbeiterverbandes im Mittelpunkt der Beratungen. Verbandsvorsitzender Karl Schrader, der im Auftrage des Verbandes mit mehreren Kollegen und in Begleitung Tom Shaws die Studienreise ins indische Textilindustriegebiet mitgemacht hat, berichtete über die Ergebnisse dieser Forschungsreise.

Den Anlaß zu dieser Reise hatten vielfache Veröffentlichungen in der deutschen Unternehmerpresse gegeben, worin die Entwicklung der Textilindustrie in Ostindien, besonders in Indien, so hingestellt wurde, als ob diese Entwicklung sich nicht nur zu einer

## Gefahr für den europäischen Export

nach Asien, sondern sogar zu einer scharfen Konkurrenz mit dem europäischen Festland auszuweiten drohe. Die Vermutung, daß es sich bei den Veröffentlichungen der Unternehmerpresse um sehr tendenziöse Darstellungen handele, wurde durch die Studienfahrt bestätigt. Der Zweck der Klammeldungen der Unternehmerpresse bestand darin, den Anschein zu erwecken, als sei die deutsche Textilindustrie nicht in der Lage, höhere Löhne zu tragen.

Schrader gab eine längere Darstellung der Arbeits-, Wohn- und Ernährungsverhältnisse in Indien. Die indischen Arbeiter stehen auf einem sehr niedrigen Lebensniveau. Sie sind außerordentlich bedürftig. Ueberraschend primitiv sind die Wohnungen, worauf sicherlich auch die große Verbreitung der Tuberkulose zurückzuführen ist. Im Gegensatz zu den deutschen

Verhältnissen sind die Werkwohnungen in Indien als Fortschritt zu bezeichnen. Die indischen Textilfabriken haben in der Regel ein riesenhaftes Ausmaß. Betriebe mit 1500 Arbeitern sind als kleinere Betriebe zu betrachten; viele Betriebe zählten 5000 bis 10000 Arbeiter mit 2000 bis 2300 Webstühlen in einem Webaal. Die unter englischer Leitung stehenden Textilfabriken zeichnen sich gegenüber den einheimischen durch erheblich bessere soziale Fürsorge aus. An der Ausstattung der Betriebe und auch der sozialen Fürsorge können sich noch viele deutsche Unternehmer ein Muster nehmen. Der Bericht fand die größte Aufmerksamkeit des Verbandstages und wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Am übrigen wurde am Mittwoch die Debatte zu Ende geführt, nachdem noch Christine Laubach-Glabach über die Bedeutung der Arbeiterinnenkommision gesprochen hatte. Bei der Abstimmung über die Anträge zum Vorstandsbereich

wurde u. a. ein Antrag angenommen, der als Zweck des Verbandes Verkürzung der Arbeitszeit (Achtstundentag) und erhöhten Schutz für Jugendliche und Frauen, insbesondere Ausbau des Schwangerschafts- und Mutterschutzes, in das Verbandsstatut eingefügt werden soll. Durch Uebergang zur Tagesordnung wurden zwei Anträge erledigt, die den Zusammenschluß mit den russischen Textilarbeitern bzw. mit den noch nicht der Internationale angeschlossenen Organisationen verlangten.

Angenommen wurden drei Entschlüsse, die den Vorstand beauftragen: 1. für ausreichende Schulung von Beisitzern für die Arbeitsgerichte Sorge zu tragen, in welchen die Gewähr einer größeren Einseitigkeit der Rechtsprechung gesehen wird; 2. im Interesse der zahlreichen, in der Textilindustrie beschäftigten Frauen und Mädchen zu prüfen, welche Maßnahmen zur Befreiung der erwerbstätigen Arbeiterinnen von der Hausarbeit ergriffen werden können; und 3. die Bestrebungen nach weiterer Verbesserung des gesetzlichen Wächterinnen- und Schwangerschafts- und Mutterschutzes energisch fortzusetzen.

Dem Vorstand und Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Bericht der Randatensprüfungskommission ergab die Anwesenheit von 166 Delegierten und Verbandsvertretern.

# Schwerer Konflikt in den Buchbindereien.

## Die Unternehmer auf dem Kriegspfad.

In der Zeit vom 11. bis 14. Juni fanden Verhandlungen über Abschluß eines neuen Mantel- und Akkordtarifs mit dem Verband Deutscher Buchbindereibesitzer (V. D. B.) statt. Ueber den Verlauf dieser Verhandlungen berichtete Genosse Herzog in der Generalversammlung des Buchbindereverbandes am Mittwochabend.

Er führte aus, daß man im vorigen Jahre sich wohl noch einmal zusammengefunden habe, daß aber diesmal keine Möglichkeit bestünde, in freier Vereinbarung zu einem Resultat zu gelangen. So verlangten die Unternehmer, daß die Bestimmungen über Ferien und Feiertage aus dem Mantelvertrag zu streichen seien. Die Lohnzahlung habe nach Arbeitslohn zu erfolgen. Schutzbestimmungen, die geschaffen wurden, um die Arbeiterkraft vor Schikanen durch die Borgelassen zu schützen, seien als überflüssig zu bezeichnen. In bezug auf die Akkordarbeit verlangten sie vollständige Freiheit. So verlangten sie, daß Arbeiter, die seit mehr als drei Jahrzehnten für die Gehilfen vertrieben festgelegt waren, von Frauen und Mädchen verdrängt werden können, mit einer Preisermäßigung von 40 Proz. Auch sonst verlangten sie einen Lohnabbau. Hierzu sei zu sagen, daß nur die reine Profitgier die Triebabtrieb ihres Vorgehens ist. Das Buch würde um keinen Pfennig billiger, wenn die Wünsche dieser Herren in Erfüllung gingen.

Das Seltsame sei jedoch, daß man sich den Weg zur Tarifpolitik in einem Referat auf der letzten Generalversammlung habe vorzeigen lassen. Ein Herr Oldenbourg aus München, eine führende Persönlichkeit im Deutschen Buchbindereverein, schloß sich dazu berufen, als vermeintlicher Tarifkenner für das Buchbindergewerbe zum Ausdruck zu bringen, daß mit der bisherigen Tarifpolitik ein Ende gemacht werden müßte. In voller Unkenntnis behauptete er, daß aus der Masse der sogenannten gelernten Buchbinderearbeiter heute kaum 20 Proz. als wirkliche Buchbinder im vollen Sinne des Wortes anzusprechen seien. Um diese Masse nicht vollwertiger Buchbinder zu mobilisieren, müßten auf der anderen Seite die sehr gut bezahlten und pensionsberechtigten Gewerkschaftsbeamten mit allen Kräften bemüht sein, ihre Existenzberechtigung wirksam nachzuweisen. In solch herabsetzender Art glaubt dieser Herr zum Schluß noch sagen zu müssen, daß man nicht vor den letzten Konsequenzen zurückweichen müsse.

Auch die Berliner Buchbinderearbeiterchaft scheut nicht die letzte Konsequenz. Sie läßt sich nicht einen Tarif aufbürden, der ihre Existenz vernichtet. Zunächst wird das Reichsarbeitsministerium auf Verlangen der Unternehmer eine Entscheidung zu fällen haben.

In der Diskussion kam einmütig der Wille zum Ausdruck, den reaktionären Bestrebungen des Unternehmertums den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

„Die Verhandlungen werden alles daran setzen, die Absichten der Unternehmer zurückzuführen zu machen. Auch die angebotenen und bereits getätigten Entlassungen werden die Buchbinderearbeiterchaft Berlins nicht davon abhalten, sich auf das Energischste gegen das Scharfmachertum in unserem Beruf zu wehren.“

# Der Protest der Reichsbahnbeamten.

Am Dienstag tagte in Berlin eine Versammlung der Reichsbahnbeamten, die einstimmig folgende Entschließung annahm:

„Die am 21. Juni 1927 nach den Konordia-Verträgen in Berlin einberufene Beamtenversammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Absicht der Reichsregierung, die Aufbesserung der Beamtengehälter erneut bis zum Herbst zu verschleppen und sie außerdem abhängig zu machen von der dann vorliegenden Wirtschaftslage. Sie erklärt darin den Versuch, die jahrelang geübte Politik der schönen Worte und leeren Versprechungen auch weiterhin fortzusetzen und den Beamten, Diakonen und Versorgungsempfängern die dringend notwendige Erhöhung ihrer Bezüge vorzuenthalten.“

Angesichts der schweren wirtschaftlichen Notlage, die sich besonders bei den Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen immer stärker bemerkbar macht, ist es ausgeschlossen, die Beamten bis zur Durchführung der in Aussicht gestellten grundlegenden Besoldungsreform ohne Einkommenerhöhung warten zu lassen. Die im Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands organisierten Reichsbahnbeamten erwarten daher, daß der Reichstag noch vor seiner Vertagung eine Zwischenlösung im Sinne der ihm vorliegenden Anträge mit Rückwirkung vom 1. April 1927 beschließt und daß auch die Reichsbahn-Gesellschaft die vom Einheitsverband bereits im März d. J. geforderte Erhöhung der Bezüge endlich vornimmt.

Die Versammlung verwahrt sich gegen die von manchen Stellen befürwortete Wiederherstellung des unsozialen Klassenstufensystems der Besoldung. Vielmehr erwartet sie von einer Reform der Besoldung in erster Linie eine Verringerung der Zahl der Besoldungsgruppen und die Verminderung der Spannungsunterschiede auf ein soziales Maß, die Wiedergutmachung des an den unteren und mittleren Besoldungsgruppen begangenen Unrechts vom 1. Juni 1924, sowie die Vereinfachung und Verbesserung der Vorschriften über das Beförderungsdienstalter, insbesondere Wegfall der Kürzung des Beförderungsdienstalters bei Beförderung und Anrechnung der bei der Verwaltung zurückgelegten Vordienstzeiten auf das Beförderungsdienstalter. Eine Reform der Beförderungsdienstalters muß der Dienstleistung, Verantwortung und Gefahr des Eisenbahnverkehrs- und Betriebsdienstes besser als bisher Rechnung tragen.“

# Die Unfallziffern steigen!

Trotz der Propaganda des Reichsarbeitsministeriums zur Verbesserung des Arbeiterschutzes, die zu Beginn dieses Jahres einsetzte, steigen die Unfallziffern von Tag zu Tag. Im gesamten preussischen Bergbau sind im ersten Viertel des Jahres 1927 35 535 Unfälle vorgekommen; davon waren 340 tödlich. Im letzten Viertel des Jahres 1926 wurden 34 157 Unfälle gezählt, davon 335 tödliche. Es hat also das erste Viertel 1927 bereits ein Mehr von 1384 gegenüber dem letzten Viertel des Jahres 1926. Das bedeutet, daß an jedem Arbeitstag im preussischen Bergbau 473,8 Bergleute verletzt wurden und 4,53 ihren Tod fanden. Geht das so weiter, dann würden am Schluß des Jahres fast 100 000 Unfälle auf rund 400 000 Beschäftigten zu buchen sein, d. h. jeder vierte Bergarbeiter müßte im Jahre 1927 einen Unfall erleben. Aufsichtsorgane, Arbeiter und Unternehmer müssen gemeinsam Hand anlegen, um diese grauenregenden Unfallziffern herabzumindern. Vor allem müssen den Betriebsräten auf dem Gebiete der Unfallverhütung mehr Rechte eingeräumt werden.

Jugendgruppe des B.V. Bruns, Donnerstag, 19 1/2 Uhr, findet folgende Veranstaltung statt: Schönerberg: Jugendheim Hauptstr. 15 (Zübingenstraße), Vortrag: „Arbeiterdichtung“ (Wieland). — Tarnobrunn: von 20 bis 22 Uhr in der Turnhalle der Schule Vortrag: Str. 20. (Zustufen mitbringen.)

Abteilung Zimmererei: Alle Verbandskammern werden ersucht, an den vom 22. bis 27. Juni stattfindenden Bezirksversammlungen, wo die Beratung des neuen Tarifvertrages vorgenommen wird, unbedingt teilzunehmen. Der Bezirk 20 (Schönerberg) legt am Freitag, 24. Juni, bei W. K. Martin-Ludwig-Str. 40; der Bezirk 4 tagt am Sonnabend, 25. Juni, bei König, Lange Straße 33. Die Versammlungen beginnen 19 1/2 Uhr. — Der Vorstand.

Freie Gewerkschaftsjugend: Heute 19 1/2 Uhr tagen die Gruppen: Südwesten: Jugendheim Hauptstr. 11, Tarifverhandlung. — Altpreußen: Gruppenheim Jugendheim Grünauer Str. 5, Spielabend. — Eichenberg: Gruppenheim Jugendheim Parkstr. 10, Tamen - Singen - Spielen. — Tempelhof: Gruppenheim August, Germaniastr. 4-6, Gesangsabend. — Althofen: Gruppenheim Reichener Str. 66 (Neuerwehhaus), Diskussionsabend. — Wie können wir am besten unsere Freizeit? — Gladbach: Gruppenheim Fote Schule, Grünauer Str. 40, Vortrag: „Soziales Wandern.“ — Wedding 11: Jugendheim Turiner, Ade Geeststraße, Freie und ernste Tage einer Hausangestellten. — Treptow: Kuchenspiele auf der Wiese 8.

Gewerkschaft Deutscher Volkshilfer, Propagandaabend Berlin, Sitzung am Freitag, 19 1/2 Uhr, im Zimmer 109 des Berliner Rathauses, Dr. Hildegard Wegscheider und Peter Rosasowitsch sprechen über den Kulturkampf.

Seitengerätearbeiter: Die im Deutschen Verkehrsband organisierten Bediensteten der Brande Seitergeräthfabrik bieten am 19. Juni ihre willige Bötterversammlung ab und beschließen, daß für die Zukunft die Bötterversammlungen nicht mehr wie bisher an Sonntagen, sondern an jedem zweiten Montag im Monat abgehalten werden. Die nächste Versammlung findet demnach am Montag, 11. Juli, 19 Uhr, im Lokal von Schulz, Eilbichstr. 30, statt. Die Geschäftsleitung.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: G. Klingebäcker; Gewerkschaftsbewegung: J. Stricker; Kultur: A. S. Hoffmann; Ostfalen und Sonstiges: Fritz Rappelt; Anzeigen: Th. Gluck; Schriftlich in Berlin: Verlag: Fortwörter-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwörter-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Preis 1 Blatt, „Unterhaltung und Wissen“ und „Frauenstimme“.

**Theater, Lichtspiele usw.**

**Staats-Theater**  
Opernhaus  
a. Platz d. Republ.  
7 1/2 Uhr: Die verkaufte Braut  
Schauspielhaus  
8 Uhr: Florian Geyer  
Schiller-Theater  
8 Uhr: Amphitryon

**Städtische Oper**  
Charlottenburg  
7 1/2 Uhr:  
**Aida**  
(geschl. Vorstellung)

**Deutsches Theater**  
Norden 10334-37  
8 Uhr: Ende 10 1/2 Uhr:  
**Der Hexer**  
Kammerspiele  
Norden 10334-37  
8 1/2 Uhr: Ende 10 Uhr:  
Letzte Vorstellung:  
**Papiermühle**  
Lesepiel von Georg Kaiser

**Die Komödie**  
Bismarck 2414-7516  
8 1/2 Uhr: Ende 10 Uhr:  
**Der Suob**  
Kassette von Carl Zuckmayer  
Metropol-Theat.  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Glück in der Liebe**

**Komische Oper**  
8 1/2 Uhr: 8 1/2 Uhr:  
Berlins einzigste Revue:  
**Streng verboten!!!**  
(Die Revue der verbotenen Leidenschaft)  
Ueber 200 Mitwirk. / 8 Balletts.  
Vorverkauf: 4 Theaterstraß 18 Uhr ansetzen

**Reichshallen-Theater**  
8 Uhr:  
**Stettiner Sänger**  
Zum Schluß:  
„Eine Hochzeit in der Mäntelstraße“  
Dönhoff-Breitl's:  
Variété, Konzert, Tanz

**Volksbühne**  
Theater am Blasenplatz  
8 Uhr:  
**Jan der Wunderbare**  
Morgen 8 Uhr:  
**Jan der Wunderbare**

**Walhalla-Theat.**  
Heute 8 1/2 Uhr:  
**Die Mädchen-verführer**  
Sensationsstück in 4 Akten von Wald. Parkett statt 4 Mk. nur 60 Pfg. auch Sonntags.

**Rose-Theater**  
Gartenbühne  
8 1/2 Uhr: Konzert und Bunter Teil  
8 Uhr:  
**Der Vogelbändler**  
8 1/2 Uhr:  
**Die Perle aus Pommern**

**Noni**  
und  
**Horace**  
8 für Berlin neue  
**Attraktionen**

**Weiße Fracht**

**Thalia-Theater**  
Täglich 8 Uhr:  
Wenn der junge Wein blüht

**Lustspielhaus**  
8 1/2 Uhr:  
„Der Apfel“

**Wo spielt man gut u. billig?**  
Wur  
**Groß-Berlin**  
Alexanderplatz

**Engel zum Morgen**  
In wunderbarem Licht die Komödie als ein Wunder.

Das lehrt die Große Ausstellung am Kalferdamm, die Sie sich schleunigst ansehen müssen, da sie nur noch bis zum 3. Juli dauert (täglich von 9 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends). Herrlicher Nachmittagsaufenthalt in den Terrassen am Funkturm neben dem Wochenend-Dorf. — Eintrittspreis 1.-M., Jgd. 0.50 M. Familienkarten 1.3 Erw. od. 2 Erw. u. 2 Jgd. nur 2.-M. Erwerblos (geg. Ausweis) 0.30 M. **Morgen, Freitag**

**Gr. Sonnenwendfeier am Funkturm**  
mit Volkstänzen und Volksliedern  
Darbietungen Märkischer Wandererkreise  
**Riesen-Feuerwerk-Schauspiel**  
ausgeführt von Gebr. Bock

**Neues Theater am Zoo**  
8 1/2 Uhr:  
Ueber 200 mal  
**Dorina und der Zufall**  
Nitter, Saba, Paulig, Charli, Erhart, Hardt, Willan

**Theater am Kottb. Tor**  
Kottb. Str. 6  
Tägl. 8 Uhr:  
Vom 18.-30. Juni  
Gastspiel der Original  
**Leipziger-Fritz-Weber-Sänger**

**Spritzpumpen**  
zum Reklamepreis  
v. 7 M. an  
aus Selbstschließen,  
Flüssigkeitsverteilung  
verkauft  
**Krüger & Lethan**  
Potsdamstr. 8, 21.  
Alexanderstr. 14  
2. u. 3. Etage, telefonisch

Am 21. Juni, vormittags 7 1/2 Uhr, verstarb nach langem, schwerem Leiden der Leiter unserer Abteilung

**Herr Direktor Max Führ**

Der Verstorbene war uns ein Vorbild steter Pflichterfüllung und loyaler Gesinnung.  
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

**Die Angestellten und Arbeiter**  
der  
**Schultheiss-Patzenhofer Brauerei Aktiengesellschaft**  
Abteilung II.

**WINTERGARTEN**  
im Rahmen des neuen  
**Variété-Spielplans**  
**DAGMA**  
das ungelöste Rätsel.  
Rauchen gestattet!

Am 30. Juni d. J. früh 1 Uhr, entschied nach kurzem mit Geduld ertragenem, schwerem Leiden mein lieber guter Mann, unser treuherziger Vater und Sohn

**Willy Klaucke**  
im Alter von 83 Jahren.  
Dies zeigen tiefbetrübt an  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**  
Berlin N.O.1, den 22. Juni 1927.  
Brunnenstr. 69  
Die Einäscherung findet am Montag, dem 27. Juni d. J., nach 3 Uhr, im Krematorium Gerickestraße statt.

**Zuckerkrank**  
Fragen Sie Ihren Arzt Ob. A. Siegers Antidiabetikum und verlangen Sie kostenlos diesbezügliche hochinteressante Schriften durch Fr. Löw, Waldorf 837 (Messen).

**Der glückliche Besitzer eines OPEL**  
Rades spart das Fahrgeld!

**SHERLOCK**  
Nur 3 Mk. wohnt Teich  
Vortrupp ungarisch  
GES. m. b. H. Berlin N. 54  
Hackescher Markt 9-3  
9. Norden  
991-93

# Freispruch im Kasseler Straßenbahnprozeß.

## Und wie steht es mit den Dienstvorschriften?

Kassel, 22. Juni. (WVB.) Die in dem Straßenbahnprozeß wegen des bekannten Unglücks vom 18. Mai Angeklagten, der Schaffner Henrich und der Führer Gerlach, wurden heute freigesprochen. In der Begründung des Urteils führte der Vorsitzende unter anderem aus: Das Gericht nimmt als feststehend an, daß der Unglückswagen genügend gebremst war und die Bremse auch ausreichend funktionierte. Dem Angeklagten Gerlach ist zugute zu halten, daß er entsprechend seinen Körperkräften die Bremsung vorgenommen hat. Er konnte nicht annehmen, daß in diesem einen Fall die wie sonst vorgenommene Bremsung nicht ausreichend war, nachdem er in jahrelanger Tätigkeit immer in der gleichen Weise gebremst hatte. Bezüglich des Angeklagten Henrich war zu präzisieren, ob er der Aufsichtspflicht nicht genügt hatte. Das Gericht nimmt an, daß kein Verstoß in dieser Beziehung vorlag. Infolgedessen ist Henrich freizusprechen.

Gerlach und Henrich sind freigesprochen! Der Staatsanwalt freilich kam in seinem Plädoyer zu dem Schluß, daß beide Angeklagte überführt seien, durch Fahrlässigkeit den Tod von neun Menschen und Verletzungen von 23 Menschen verursacht und einen Eisenbahntransport gefährdet zu haben. Dem Schaffner Henrich treffe die größere Schuld. Gegen ihn beantragte er sieben Monate Gefängnis, gegen den Führer Gerlach fünf Monate Gefängnis. Beiden könne Strafaussetzung ohne Buße gewährt werden.

Das Gericht hat anders erkannt. Es hat zugegeben, daß von einem besonderen Verschulden der Straßenbahnstellen nicht die Rede sein kann. Sie verfahren ihren Dienst in derselben Weise wie sonst. Das Unglück konnte, wie unser Kasseler Parteiblatt schon am Dienstag an Hand der Zeugenaussagen feststellte, nur geschehen, weil die Wagen gegen das Abrollen auf abschüssigem Gelände nicht so gesichert sind, wie man das unter allen Umständen verlangen müßte. Es ist festgestellt, daß die fest angezogenen Bremsen sich beim Befahren des Wagens lockern und daß der Wagen dann abrollt. Dieses Abrollen erfolgt so geräuschlos, daß zwei Gerichtsbeamte, die beim

Losaltermin an der Stelle standen, an der Schaffner Henrich noch keiner Angabe gestanden hat, das Verschwinden des Wagens erst merkten, als dieser bereits mindestens 15 Meter fortgerollt war.

Nun aber kommt das Tollste! Von besonderer Wichtigkeit war die Feststellung, daß durch das Einschalten der Strombremse das Unglück hätte verhütet werden können. Zwar rollte der Wagen auch mit der eingeschalteten Strombremse von seinem Standort ab, aber nach kurzer Zeit verlangte er sich die Fahrt durch die Wirkung der Bremse so, daß der Wagen nur eine Stundengeschwindigkeit von drei Kilometern hatte. Dabei hätte nichts passieren können, und die hinterherlaufenden Angestellten hätten den Wagen bald erreicht. Aber das Einschalten der Strombremse war den Angestellten der Straßenbahn unterjagt!

Zu alledem stellte sich noch heraus, daß selbst die Direktoren über die Dienstvorschriften für das Fahrpersonal nicht Bescheid wissen. Darüber, wie sich das Personal bei der Beförderung von Gepäckstücken verhalten soll, gibt es anscheinend überhaupt keine Vorschriften. Und von einer besonderen Instruktion, die doch bei dem gefährlichen Gelände in Kassel unbedingt notwendig wäre, ist bei der Straßenbahn anscheinend keine Rede!

Die Aussagen der Zeugen Ohlwein, Sad, Schneider, Wagner, Veim und Schaub und das Gutachten des Sachverständigen Günther haben die beiden, durch das furchterliche Unglück vom 18. Mai menschlich schon schwer genug betroffenen niederen Angestellten der Kasseler Straßenbahn, die in der Angeklagtenbank standen, in keiner Weise belastet! Sie erwieisen vielmehr, daß die Kasseler Richter Recht haben, wenn in der Urteilsbegründung gesagt wird: Bei den Angeklagten lag kein Verstoß gegen die Aufsichtspflicht vor! War aber das gleiche bei der Aufsichtsbeförderung der Fall? Die wahren Verantwortlichen sind, daran kann nach dem Ausgange des Prozesses kein Zweifel sein, in der Direktion der Kasseler Straßenbahn zu suchen. Sie hat versagt, die Vorschriften, die sie getroffen hat, genügt angesichts der besonders schwierigen Kasseler Terrainverhältnisse in keiner Weise.

Und weil bisher nichts passiert war, hatte man eben unbeforgter weitergeschlafen, bis die Katastrophe eingetreten war.

erbittet Kriminalkommissar Rantbach, Dienststelle F. 3 nach Zimmer 18 im Polizeidienstgebäude in der Georgenkirchstraße 30a. Der Verfolgte ist 1,70 Meter groß, übermäßig schlank, hat auffallend schmale Hand- und Fußgelenke, einen bräunlichen Teint, hagres Gesicht mit hervorstehenden Backennothen.

In einem bejammernswerten Zustande erschien gestern Mittwoch vormittag auf dem 125. Revier in Charlottenburg ein Mann, der sagte, daß er aller Mittel beraubt sei und schon seit zwei Tagen nichts mehr gegessen habe. Man sah ihn sich genauer an und stellte ihn als einen 39 Jahre alten Hilfskassierer vom Arbeitsamt des Magistrats in Essen Kurt Krohne fest, der von der Kriminalpolizei wegen Unterschlagung gesucht wurde. Krohne hatte vor sechs Tagen 3554 M., die er abliefern sollte, in seine eigene Tasche gesteckt und behalten. Mit dem Abendzuge um 9 Uhr fuhr er nach Berlin, wo er morgens antam. Gleich am ersten Tage fand er Anstich auf lebenslustige Mädchen und besuchte mit ihnen verschiedene Lokale. So kostete dieser Tag schon 1500 M. Nachdem er auf diese Weise „Berlin kennengelernt“ hatte, fuhr er mit den „Damen“ nach außerhalb. Wohin er gekommen ist, weiß er selbst nicht mehr, er meint, es könne wohl Potsdam gewesen sein. Man übernachtete in einem Hotel, und als Krohne am nächsten Morgen aufwachte, waren die „Damen“ verschwunden. Nur ein paar Mark hatten sie ihm noch gelassen. Er fuhr nach Berlin zurück, verzehrte auch den kleinen Rest noch, hungerte darauf zwei Tage lang und suchte endlich Hilfe bei der Polizei.

### Unsichere Rüstungen.

#### Die Arbeiter zum Unglück in Niederschöneweide.

Mit dem schweren Unglück auf der Eisenbahnwerkstelle Niederschöneweide beschäftigte sich gestern eine Belegschaftsversammlung der am Bau Beschäftigten. Durch Augen- und Ohrenzeugen des bedauerlichen Vorfalls ist festgestellt worden, daß die betreffenden Maler und Anstreicher auf ausdrückliches Verlangen ihrer Bauleitung in Stärke von acht Mann auf dieser Rüstung arbeiten mußten, trotzdem nach sachmännlichem Ermessen die Rüstung für eine solche Belastung keinerlei Sicherheit bot. Auch haben sich die Berunglückten nicht wie teilweise in der bürgerlichen Presse zu lesen stand, vorchriftswidrig auf einen Haufen gestellt, sondern sich gleich nach Bestehen der Rüstung (was ja nur einzeln möglich ist) auf ihre Arbeitsplätze verteilt. Im übrigen wird die untersuchende Behörde und die Baupolizei feststellen müssen, inwieweit mangelhaftes Rüstzeug verwendet wurde oder Fahrlässigkeit nachgewiesen werden kann. Die beschäftigten Bauarbeiter vertreten die Ansicht, daß zu wenig und zu schwache Hängeeisen verwendet, d. h. der Verlog zu weit war und dementsprechend die tragenden Rüstungen zu schwach waren. Für eine weitere Sicherung war auch keine Vorkehrung getroffen. Ferner forderte die Belegschaftsversammlung für die Zukunft ausreichenden sanitären Schutz, Schaffung eines Verbandsraumes und vorchriftsmäßige und sichere Rüstungen.

### Eine Kolonialausstellung in Nöten.

Es ist das alte Lied vom Ruhm des Einen, der den Anderen nicht ruhen läßt. So bleibt es weder bei einem Ozeanflug, noch bei einer Afrikaexpedition im Zoo. Einige im Kolonialfach bewanderte Herren wollen auf dem Gelände Charlottenburg, Berliner Straße 31/32, am Arie, den Aufbau einer Art Kolonialausstellung fördern, allemo Chinesen, Indier, Araber usw. dem Publikum pekuniäre Sitten und Gebräuche in der üblichen Art solcher Veranstaltungen vorführen. Außerdem soll auch eine Art Uebersee-Panoptikum entstehen. Alles recht schön und gut, bis auf den Umstand, daß die Fertigstellung der Ausstellung auf allerhand Schwierigkeiten zu stoßen scheint. Die Bauten liegen im halbfertigen Zustand verodet da, das farbige Darstellpersonal das angeblich 500 Mann stark sein soll, besteht augenblicklich aus vier bis fünf Chinesen. Die, in europäisches Zivil gekleidet, etwas rotas umherstreben. Fast hat es den Anschein, als ob die Behinderung in der Fertigstellung der Ausstellung, deren Eröffnung bereits vor einigen Tagen vor sich gehen sollte, in Mangel an finanzieller Natur zu suchen ist. Wenn Arbeitspersonal die Arbeit unterbricht, so ist die Ursache wohl nicht allzuschwer zu erraten. Man vermutet, daß es sich wieder einmal um ein Unternehmen handelt, das mit der Arbeiterkraft fremdstämmiger Schindluder treibt und in Sorglosigkeit „Lutzschäfte“ abschließt.

### Neugestaltung der Berliner City.

Im Rahmen der Großen Berliner Kunstausstellung am Lehrter Bahnhof hat die Architektenvereinigung „Der Ring“ eine Anzahl Projekte für die Citygestaltung und aktuelle Entwürfe für Durchbrüche ausgestellt. Sehr oft ist bereits das Problem der Neugestaltung der Berliner City erörtert worden, aber trotz der Haufe an Projekten sieht man kaum einen Weg, der zur Erfüllung führt. Genau so verhält es sich mit den Entwürfen des „Ringes“. Peter Behrens und Scharroun beschäftigen sich hauptsächlich mit den Durchbrüchen an der Französischen bzw. an der Jägerstraße und mit der Freigabe der Ministergärten für den Durchgangsverkehr. Im Falle, daß man die Projekte genehmigen würde, so würden sie für den Augenblick ausreichen, aber kaum noch für einen gesteigerten Zukunftsverkehr, wie Martin Wächler anlässlich einer Führung des Cityauschusses durch die Ausstellung betonte. Untertunnelung der Ministergärten ist nicht empfehlenswert, da bisher keine Untertunnelung den Verkehrsströmen radikal geholfen hat, und das andere Projekt schafft zu viel Ecken und Verkehrshindernisse. Sehr großzügig ist Wächler selbst verfahren. Man kennt seine Vorschläge für einen Berliner Zentralbahnhof, sein Projekt, Berlin im Zuge der Siegesallee für den Eisenbahnfernverkehr zu untertunneln, und sicherlich würde die Zusammenziehung der Bahnhöfe nicht nur der Erleichterung des Verkehrs dienen, sondern auch Raum für neue Stadtviertel schaffen, aber wer wird diese ungeheuren Kosten aufbringen können? Das Beispiel, das Wächler anführt, nämlich die Umgestaltung von Paris durch den Präfekten Haussmann ist viel-

leicht bestechend, doch die finanzielle Lage Frankreichs zur Zeit Napoleons III. war besser als die gegenwärtige Deutschlands.

Diese Projekte sind sehr schön, sie klingen wie Zukunftsmusik, aber sie werden wohl vorläufig dazu verdammt sein, nichts weiter als Zukunftsmusik zu bleiben.

### Der Altdieb Egloffstein-Oertel.

#### 500 Mark Belohnung!

Er ist immer noch nicht ergriffen der 33 Jahre alte frühere Schulleiter Ludwig Oertel, bekannter unter dem Namen „Freiberger von Egloffstein-Oertel“, der im Zusammenhang mit den Raubdier Altdiebstahlungen schon wiederholt genannt wurde. Die Kriminalpolizei hat den Flüchtigen, eine in der „Welt“ Berlins sehr bekannte Persönlichkeit, schon wiederholt aufgespürt, so in seiner Heimatstadt Dresden, in München, Wien, Köln und Frankfurt a. M., aber jedesmal, wenn die Spur gefunden war, war der Gesuchte auch schon wieder verschwunden. In seiner Begleitung befindet sich immer noch die 29 Jahre alte aus Lendersdorf im Kreis Düren gebürtige Frau Anna Bonnet, geb. Häuppen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich das Pärchen jetzt in einem näheren oder entfernteren Vorort Berlins aufhält und von dort hin und wieder zu ganz kurzem Aufenthalt nach Berlin überkommt. Oertel ist, obwohl er weiß, daß man ihn eifrig sucht, ungewöhnlich dreist. So hat er, wie erst nachträglich bekannt wurde, vor einiger Zeit in Berlin bei der Eröffnung eines Lokals in der Friedrichstadt mit mehreren anderen ein großes Festgelage veranstaltet, in Frankfurt ein Gelage mit Sodegs und Sportsleuten. Auf seine Ergreifung ist jetzt für Mitteilungen aus dem Publikum eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt. Angaben

### Die Brücke im Dschungel.

#### Sitten- und Stimmungsbild aus dem Innern Mexikos.

33] Von B. Traven.

Copyright 1927, by B. Traven, Tamauilpas (Mexiko).

Der Sarg wird hingestellt. Der Sargmacher zieht die Nägel heraus und hebt den Deckel ab, damit die Mutter Abschied nehmen kann.

Man sieht die grellbunten Papierröcke, die goldene Krone, das Szepter und die goldenen und silbernen Sterne und Kreuze. Aber das Gesicht kann irgend etwas sein, nur kein Gesicht.

Mit einem Schrei wirft sich die Garza über den Sarg, den sie fest umklammert. Ihr Schrei geht in Wimmern über.

Garza kommt stolpernd heran. Er muß sich fest auf die Männer, die dicht dabei stehen, stützen, damit er nicht umfällt, denn die zweite Tequilaslafche ist inzwischen auch nahe zur Reize gegangen, und es sind gerade noch ein paar Tröstertropfen für ihn und seine Frau drin. Aber es ist sein gutes Recht, hier dicht an dem offenen Sarge zu stehen, denn er ist der Vater. Er will etwas sagen, vielleicht will er auch nur einen Schmerzensschrei ausstoßen, aber er quiekt nur und wischt sich mit der Hand die Tränen von den Backen. So betrunken ist er lange nicht, daß er nicht wissen sollte, was da von ihm genommen wird, daß sein Resthäkchen nun für immer abgewandert ist.

Die Pumpmeisterin und zwei andere Frauen, die alle laut schluchzen und schreien, als wäre es ihr Kind, heben die Garza auf.

Sobald der Sarg auch nur ein wenig frei ist, zieht ihn der Sargmacher auch schon unter der noch halb niedergebogenen Garza hervor. Ein anderer Mann hat schon den Deckel bereit und im Augenblick ist der Sarg zugenanagt. Diesmal für immer.

Dann trägt man ihn dicht an das Loch.

24.

Und nun drehen sich alle Leute um und warten auf den Lehrer. Der Lehrer ist noch draußen vor der Friedhofspforte. Er weigert sich, den Friedhof zu betreten, weil er genug Verstand behalten hat, um ganz genau zu wissen, was mit ihm los ist, und daß er, der weinenden Mutter wegen,

nicht unter die Trauergemeinde treten kann und auch nicht mag. Aber jener Freund der Garzas, der ihn eingeladen hat, zerrt ihn jetzt durch die Pforte und ruft noch einen anderen Mann herbei, um den Lehrer zum Grabe zu schleifen.

Endlich steht er am Grabe und alle Leute sehen ihn. Er schwankt bedenklich. Und mit einem Male geht er wieder fort vom Grabe und versucht, sich davonzuschleichen. Der Freund hat das trotz seiner Trunkenheit bemerkt und schreit wie besessen hinter ihm her. Es fängt an, ein lautes Begräbnis zu werden. Der Freund kann sich nicht beruhigen und schreit, es sei eine Schande, erst die Rede zu versprechen und dann nicht zu halten. Andere Männer reden auf den Wütenden ein, den Lehrer doch zu entschuldigen, aber das macht den Mann nur noch wütender. Er beginnt den Lehrer maßlos zu beschimpfen. Um den Mann zu beruhigen und den Streit, den andere Halbbetrunkene aufnehmen, zu beendigen, wirken die Leute auf den Lehrer ein, doch zu reden. Aber der Lehrer fällt nur. Und während er sich umwendet, um die Leute abzuwehren und seiner Wege zu gehen, sieht er die weinende Mutter, die weder bittend noch abweisend die Augen auf ihn gerichtet hält. Was die Mutter denken mag angesichts dieser Streiterei und der Unwilligkeit des Lehrers, ist aus ihrem Blick nicht zu erkennen. Aber es scheint, daß der Lehrer in seinem Rebellzustande etwas darin sieht, was wir anderen nicht zu sehen vermögen. Jedenfalls geht er plötzlich wieder auf das Grab zu.

Er steht am Rande der Grube und schwankt verdächtig hin und her. Mit beiden Armen gestikuliert er nun heftig in der Luft herum und öffnet den Mund. Da er in der einen Hand noch immer den abgeschnittenen Zweig hält, so sieht es aus, als ob er mit jemand kämpfen wolle. Seine Augen werden ganz stier und gläsern. Es spiegelt sich in seinem Blick wider, daß alle die Gesichter, die auf ihn jetzt gerichtet sind, zu einer Einheit verschmelzen, die für ihn etwas Unheimliches haben muß; denn seine Gesichtszüge beginnen, sich in Angst zu verzerrern.

Ich habe ihn einmal am Unabhängigkeitstage reden hören, und ich weiß, daß er für Verhältnisse dieser Art als guter Redner gelten kann und daß er auch keine Redefurcht hat. Warum er die gräßliche Angst zeigt, ist mir unverständlich. Er sucht jedoch immer heftiger mit den Armen durch die Luft, macht den Mund weit auf und klappt ihn wieder zu. Man könnte leicht annehmen, daß er glaubt, er rede bereits.

Plötzlich aber schreit er ganz unvermittelt los: „Wir sind alle sehr traurig!“

Er schreit das so gewaltig hinaus, als ob er zu fünftausend Menschen zu sprechen hätte, die auf weiter Ebene versammelt sind und ihn alle hören sollen.

Dann brüllt er los, als ob er nun zu zwanzigtausend Leuten reden müßte: „Der kleine Junge ist tot!“

Das alles war aber noch gar nichts, denn jetzt hebt ein Brüllen an, als ob der Himmel auseinandergerissen werden sollte: „Auch die Mutter des kleinen Jungen ist sehr traurig. Sie weint.“

„Auch die Mutter ist sehr traurig. Jawohl, das ist sie!“ sagt er mit diesem Brüllen, und dabei haut er mit dem Zweig so heftig durch die Luft, als ob er den, der etwa bezweifeln sollte, daß die Mutter auch sehr traurig sei, mit einem Hieb der Länge nach durchspalten wolle.

Dieser Hieb war gut gemeint, und er war auch ehrlich gemeint, und vielleicht war er ein Trost für die Mutter, die sehr traurig ist. Aber der gutgemeinte Hieb war mehr als das Gleichgewicht des Redners in diesem Augenblicke übertragen konnte. Er sauste über und sauste in das Grab hinein. Er kam aber nicht ganz bis auf den Boden des Grabes. Ueber dem offenen Grabe lagen zwei Baumstämme, auf denen der Sarg eigentlich stehen sollte, zum großen Glück des Redners noch nicht hingestellt worden war, weil man durch das Streiten diese Handlung vergessen hatte. Einen dieser Baumstämme hatte der Lehrer im Fallen gerade noch erwischt, und nun hing er, beide Arme vor sich hingestreckt, ebenso Mäglich wie hilflos auf dem Stamm. Mit den Beinen angeleert er nun seitlich aufwärts, um den Rand zu erklimmen und dann hochzuklettern. Aber seine Anstrengungen waren vergeblich und hätte man ihm nicht brüderlich beigegeben, so wäre er in das Grab hinabgesunken, von wo, wäre er allein gewesen, er heute auf keinen Fall sich selbst wieder hätte herauskrabbeln können.

Trotzdem diese Entgleisung des Redners recht lustig war, sah ich doch nicht einen einzigen unter allen, die anwesend waren, lachen. Und ich selbst, dem das Lachen für gewöhnlich verhängnisvoll nahe steht, fand auch nicht eine Spur von Komik in dem Vorgang. Damals auf keinen Fall, ich erinnere mich ebenso genau, daß mir in jenem Augenblick ein Weinkrampf näher war, als das bescheidenste Lächeln.

(Schluß folgt.)

## Das Wohnproblem.

### Ausprache zwischen den Abteilungsleitervertretern

In einer überaus stark besuchten Versammlung der Abteilungsleitervertreter im Gewerkschaftshaus sprachen die Genossen Landtagsabgeordnete Schmitz und Landgerichtsrat Genosse Ruben über die Behandlung der Wohnungsfragen auf dem Kieler Parteitag.

Genossin Schmitz streifte auch die Verhandlungen der Reichsfrankensorenz, die ebenfalls zum sehr akuten Wohnungsproblem Stellung nahm. Die Rednerin betonte die Notwendigkeit, Holzhäuser zu bauen. Die Wohnungen in den Siedlungen sind zu klein. 336 000 Familien in Deutschland, oft 10 Personen stark, müssen sich in Stube und Küche zusammenpressen lassen. 48 000 Familien verfügen nur über einen Raum, eine halbe Million Familien sind ohne eigene Wohnung. Die Aktivität der Wiener Genossen im Wohnungsbaubereich sollte uns ein Ansporn sein. In den Siedlungen des sozialistischen Wiener Magistrats gibt es gemeinsame Waschküchen, elektrische Bringmaschinen und elektrische Staubsauger. Unnötiger Tand muß hinaus aus den Wohnungen. Die Rednerin beklagte, daß die materiellen Ergebnisse aus der Hauszinssteuer verzeilt wurden.

Genosse Ruben berichtete kurz über den wohnungspolitischen Teil der Kieler Verhandlungen und betonte, daß der Parteitag in dieser Frage zu keinem positiven, festumrissenen Programm gekommen sei. Der Redner verlangte eine energische Behandlung der Wohnungsfrage und wies auf das große Interesse hin, mit dem die werktätigen Massen den Wohnungsfragen begegnen. Durch den Unfall des Genossen Bucht mußte sein Wohnungsfragenreferat, in dem er u. a. Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus verlangte, ausfallen. Genosse Ruben regte an, an den Parteivorstand mit der Forderung heranzutreten, mit einem präzisierten Wohnungsbauprogramm herauszukommen. Die Anregung wurde zum Beschluß erhoben. In diesem Zusammenhang wurde auf die Zentrumsinitiative in dieser Richtung hingewiesen.

In der sehr ausgedehnten lebhaften Diskussion sprach u. a. Genosse Lüdemann, der ebenfalls das Fehlen eines Wohnungsprogramms bedauerte und fundierte Richtlinien für die Zukunft verlangte.

### Eine neue Großsiedlung in Zehlendorf.

Die zweite Großsiedlung der Gehag (Gemeinnützige Heimstättenbau- und Spar-A.-G.) ist in Zehlendorf inmitten eines herrlichen Waldgeländes entstanden. Um die Wohnungserstellungsarbeiten, soweit es die technischen Einrichtungen heute schon gestatten, zu verbilligen, hat die Gehag Großbauten stellen eingerichtet. Die Anwendung sehr vieler Maschinen- und Krananlagen ist nur bei Großbauten möglich. Auch die allgemeinen Verwaltungskosten sind billiger. Die Gehag versucht durch derartige Großbaustellen die Mieten soweit herabzubringen, daß es endlich einmal auch dem einfachsten Arbeiter möglich wird, eine Wohnung in schöner Umgebung mit hellen lichtdurchfluteten Räumen zu bewohnen. Bei der Mietpreise der Großsiedlungen Brix und Zehlendorf prüft, muß anerkennen, daß die Gehag in enger Zusammenarbeit mit der Deutschen Bauhütte trotz der verhältnismäßig hohen Grundstückspreise ernsthafte Fortschritte in der Mietverbilligung erreicht hat. In Zehlendorf entstehen zunächst 500 Wohnungen. 250 Wohnungen werden im Reiheneinfamilienhausstyp gebaut, und der Rest als Wohnungen mit zwei Zimmern und Kammer. Im Verein mit den Architekten Bruno Taut, Salvisberg und Hering hat die Gehag eine Wohnstätte geschaffen, die in ihrer Bauweise und Gruppierung etwas Neues zeigt. Die Großsiedlung ist inmitten eines Waldgeländes entstanden. Rings um die Siedlung ist der herrliche Hirschtalgrund und der Brunwaldforst gelagert. Die Einfamilienhäuser sind sämtlich mit Gärten versehen. Die weiträumige Bauweise und die Eingruppierung von Erholungsanlagen lassen die Siedlung mit Licht, Luft und Sonne durchflutet sein. Jeder Quadratmeter Raum ist nutzbarer Wohnfläche. In 80 Wohnungen hat die Gehag die Küchenmöbel gleich mit eingebaut. Ausgehend von dem Grundsatz, daß die Küche der Wertraum der Frau ist, sind die Möbel so angeordnet, daß der Frau unnötige physische Leistungen erspart bleiben. Am Mittwoch hatte die Gehag Behörden und Presse zu einer Besichtigung eingeladen. Vertreter des Finanz-, des Wirtschafts- und des Wohlfahrtsministeriums, der Wohnungsfürsorge, der Stadt, der Arbeiterbank und des Bezirks Zehlendorf waren der Einladung gefolgt und wurden vom Geschäftsführer Genossen Gutschmidt begrüßt. Genosse Stadtbaurat Wagner brachte die Grüße der Stadt dar und erläuterte die Gedanken, von denen die Architekten beim Aufbau der Siedlung geleitet waren. Nun, nachdem die Gestaltung der Siedlung klar erkennbar wird, verstimmt sich auch die Kritik. Wer durch die Birkenalleen, den Gestell- oder Waldhüterweg offenen Auges geht, wird erfreut sein über das neue Werk gemeinnütziger Bautätigkeit. Es kommt ein neues Zeitalter der Wohnkultur. Die Brixer und Zehlendorfer Siedlung sind die Weibereiter dieser neuen Epoche.

### Kindertod auf der Straße.

Einen tragischen Tod fand gestern nachmittag die achtjährige Schülerin Liselotte K. aus der Böckstraße 8. Das Kind wurde beim Ueberfahren des Fahrdammes in der Nähe der elterlichen Wohnung von einem Geschäftskraftwagen erfasst und überfahren. Ein Vorderrad ging so unglücklich über den Hals der kleinen K. hinweg, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Ein zweiter tödlich verlaufener Unfall ereignete sich gestern vor dem Hause Donabrüder Straße 31. Hier geriet beim Spielen auf dem Fahrdamm ein noch unbekanntes, etwa fünf bis sechs Jahre altes Kind unter die Räder eines Kraftwagens. Mit schweren inneren Verletzungen wurde das Kind nach dem Bestehen Krankenhaus gebracht, wo es schon kurze Zeit nach der Einlieferung starb.

### 200 Deutschamerikaner eingetroffen.

Dieser Tage trafen in Bremen 200 Deutschamerikaner ein, größtenteils Süddeutsche, Badenser, Württemberger und Bayern, die sich zu einer nach dem Deutschen am dichtesten bevölkerten Stadtteil New Yorks Ridgewood benannten Reisegesellschaft zusammengeschlossen haben. Diese Gesellschaft wird in jedem Jahre eine Reise nach Deutschland veranstalten, um dadurch den vielen in Amerika wohnenden Süddeutschen Gelegenheit zu geben, auf bequeme und preiswerte Art in die alte Heimat zu gehen. Nachdem sich die erste im vorigen Jahre unternommene Reise erfolgreich bewährte, konnte die diesjährige Reise mit einer viel größeren Teilnehmerzahl unternommen werden. Den amerikanischen Nationalfeiertag am 4. Juli werden die Reiseteilnehmer voraussichtlich gemeinsam in München begehen.

Wie der Commissioner of the Union of South Africa in Hamburg mitteilt, kommen am 24. Juni in Bremen ungefähr 100 südafrikanische Farmer an, um eine Reise durch Deutschland zu unternehmen. Die Farmer werden in Bremen industrielle und kommerzielle Anlagen besichtigen und auch vom Senat empfangen werden.

Am 16. Juni haben sich mit der „Cleveland“ rund 100 Mitglieder des Hesse-Darmstädter Volksfestvereins in New York eingeschifft, die am 27. Juni in Hamburg eintreffen werden, um ihre Heimat zu besuchen. In Darmstadt sollen sie festlich empfangen werden.

### Wochenendfahrten der Naturfreunde!

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“, Zentrale Wien, Gau Brandenburg, veranstaltet in diesem Sommer wieder eine Anzahl Gesellschaftsfahrten in die Umgebung von Berlin, und zwar am 25. und 26. Juni: durch den Oberpreewald, 31. Juni: durch die Ruppiner Schweiz, 14. August: Fürstenberg—Himmelfort—Boblitztal—Lychen, 4. Septem-

# Der Gattenmordprozess in Wien.

## Peinliche Rechtfertigungsversuche der Angeklagten.

Wien, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Um 11 Uhr nachmittags wird die Verhandlung wieder aufgenommen, und die Angeklagte Frau Grosavescu fährt in ihrer Verantwortung fort. Sie erzählt: Ihr Mann habe ihr wiederholt ein rumänisches Sprichwort diktiert, daß nur diejenige Frau weiß, daß sie geliebt wird, die von ihrem Mann mißhandelt wird. Im Dezember 1925 habe sie einen Selbstmordversuch unternommen, der aber mißglückte. Sie habe die Ehe mit ihrem zweiten Manne sehr bald beendet. Sie ruft mit erhobener Stimme dem Gerichtshof zu: „Es hat wohl keine Frau soviel in der Ehe mitgemacht, wie ich.“ Dann erzählt sie von der Bekanntschaft mit der Familie des Wiener Arztes Prof. Stranitzky. Zwischen Frau Stranitzky und ihrem Manne habe sich bald ein Verhältnis entwickelt. Ihr Mann sei wiederholt um 3 Uhr nachmittags weggegangen und habe behauptet, er müsse zu einer Probe in die Staatsoper, obwohl um diese Zeit gar keine Proben wären, und sei zur Frau Stranitzky gegangen. Als sie im Sanatorium eine schwere Entbindung durchmachen mußte, habe ihr Mann sie besucht, sei aber bald weggegangen mit der Ausrede, daß ihm sehr schlecht sei. Am nächsten Tage sei Prof. Stranitzky zu ihr gekommen und habe ihr erzählt, ihr Mann sei den ganzen Nachmittag und am Abend bei ihm und bei seiner Frau gewesen. Sie habe es als eine grobe Lüge empfunden, daß die Familie Stranitzky ihren Gatten zu einer Zeit eingeladen hätte, wo sie wissen mußte, daß seine Frau zwischen Leben und Tod schwebte.

Dann erzählt die Angeklagte von einem Opernbesuch am 14. Februar, einen Tag vor dem Mord. Sie sah mit ihrem Gatten in einerloge, als plötzlich Frau Professor Stranitzky ihren Mann herausrufen ließ. Sie hat dann später erfahren, daß er Frau Stranitzky Geld zur Bezahlung von Rechnungen gegeben habe, die ihr eigener Mann ihr nicht bezahlen wollte. Der Vorstehende bemerkt dazu, daß Frau Stranitzky das entschieden bestritt und daß er darüber erst noch Zeugen hören müsse. Am 15. Februar hätte Grosavescu nach Berlin reisen wollen. Am Vormittag sei er weggegangen und etwa um 11 Uhr zurückgekommen. Es wurde mit dem Pafen des Koffers begonnen. Es scheint zunächst, als ob er einverstanden gewesen wäre, daß sie mit nach Berlin fahre. Er verlangte aber, daß sie sich von Frau Stranitzky verabschiede. Es kam zu einem Streit. Der Mann riß die Kleider aus dem Koffer, erklärte, sie dürfe nicht mitfahren. Der Streit wurde nun immer ärger, und

der Mann schlug sie. Bei dieser Szene war die Schwester des Ermordeten anwesend, und sie soll, nach Darstellung der Angeklagten, ihrem Bruder zugerufen haben: „Nicht prügeln.“ Dann sagt die Angeklagte, an das, was weiter gewesen sei, könne sie sich nicht erinnern. Sie sei erst wieder zu sich gekommen, als die Schwägerin sie an der Hand nahm und ihr sagte, sie habe Grosavescu erschossen. Sie erinnere sich nicht an die Vorgänge bei der Erschießung, sie könne sich nicht mehr einmal an den Revolvergeschuß erinnern. Die Angeklagte erwähnt dann weiter, daß wenige Tage, nachdem sie nach der Geburt das Sanatorium verlassen hatte, ein Besuch gekommen sei. Der Mann habe sie bald mit dem Besuch allein gelassen und sei weggegangen. Der Besuch sei bis 9 Uhr geblieben. Als sie dann in das Arbeitszimmer ihres Mannes gehen wollte, fand sie ihren Mann in einer sehr verhänglichen Situation mit Frau Stranitzky. Frau Stranitzky bestritt das entschieden. Die Angeklagte erklärt weiter, sie sei wie vom Blitz getroffen gewesen und konnte sich nicht mehr erholen. Über niemand habe von dieser Tatsache erfahren.

Nachmittags beginnt dann das Zeugenverhör. Zuerst wird die Schwester des Ermordeten, Olga Grosavescu, vernommen, die bei dem Mord anwesend war. Sie sagt sehr entschieden gegen die Angeklagte aus. Es kommt dabei zu fortwährenden Zusammenstößen, da die Angeklagte behauptet, daß die Zeugin lauter Meineide schwöre, während die Zeugin ebenso energisch bei ihrer Darstellung bleibt. Auf die Frage des Vorstehenden, wie sich die Angeklagte erklären könne, daß die Schwägerin, mit der sie sich früher ziemlich gut stand, jetzt so feindselig gegen sie aussehe, sagte die Angeklagte, daß sie sehr einfach zu erklären, sie habe ja ihren Bruder und Ernährer getötet. Deshalb sei sie gegen sie. Die Zeugin gibt dann eine Darstellung der Vorgänge bei der Ermordung und bestritt, daß sie ihrem Bruder zugerufen habe: „Prügle sie nicht!“ Sie habe bloß gesagt: „Laß sie, laß sie.“ Außerdem gibt sie an, sie habe den Eindruck gehabt, daß die Angeklagte den Revolver in ihrem Mieder stecken hätte. Daraus erklärt die Angeklagte, das sei ausgeschlossen. Die Zeugin hat nach der Tat die Rettungsgesellschaft sofort anrufen und gleich danach die Frau Stranitzky, der sie sagte: „Sie Missetäter, Sie sind an allem schuld!“ Sie bestritt das nicht, gibt aber an, sie habe diese Verurteilung nur unter der Suggestion der Schwägerin gemacht, die sie über das angebliche Verhältnis ihres Mannes mit der Frau Stranitzky unterrichtet habe. Sie müsse aber hier erklären, daß sie ihr Unrecht getan habe. Es werden dann noch einige Tatzeugen, Polizisten, vernommen, und in geheimer Sitzung werden Briefe verlesen, die Grosavescu an seine Frau geschrieben hat. Darauf wird die Sitzung vertagt.

## Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer u. Lehrerinnen

(Bezirk Groß-Berlin)

Sitzung: Freitag, den 24. Juni, 19 Uhr, im „Alexandiner“, Berlin, Alexandrinerstr. 77a (Nähe Morikplatz). Tagesordnung: 1. Die „Dinta“ (eine Gefahr für unser Schulwesen). Referent: Gen. Friede. 2. Die drohende Konfessionalisierung der Berufsschule. 3. Bericht vom Reichs-erziehungsrat in Kiel. Referent: Genosse Ernst Schulz.

ber: Riederfing—Lepen—Schleuse—Kloster Chorin, 17. und 18. September: nach dem Böhlicher Part. Die Fahrt durch den Oberpreewald wird des regen Zuspruchs wegen wiederholt. Der genaue Plan jeder einzelnen Fahrt und der Preis der Teilnehmerkarte wird rechtzeitig bekanntgegeben durch Bruno Dammig, Berlin R 65, Lüderichstraße 58.

Für die Schwarzwalddwanderung und für die Wanderung durch das Berchtesgadener, Salzburger und Tiroler Land ist die Teilnehmerliste geschlossen. Es können sich noch etliche Teilnehmer für die Ferienwanderung vom 23. Juli bis 7. August durch Bavarberg, Tirol und Oberbayern bei Karl Ristner, SB 29, Gneisenaustraße 23, und für die Wanderung durch die Sächsisch-Schweiz vom 24. Juli bis 31. Juli bei Frh Schuppe, Berlin R 20, Eulerstraße 23, v. IV, bei Bod., melden.

### Der Vertreter.

Wen vertritt er? Eigentlich ist er ein Vertreter Gottes auf Erden, denn er ist ein Mensch. Seine Raimenschen aber sagen: er vertritt Seife, Wische, Scheuerpulver oder Streichhölzer. Er selbst aber sagt: im Grunde genommen vertritt ich Stiefelsohlen.

Wenn er viele Stunden lang diese Tätigkeit ausgeübt hat, kommt er an einen Part. Erschöpft sinkt er auf eine Bank und zieht sein Mittagbrot aus der Hosentasche. Die ewig hungrigen Sperlinge finden sich ein. Da er gewohnt ist, anzubieten, zieht er höflich den Hut und tut es auch hier. Zum erstenmal an diesem Tage wird kein Angebot angenommen und er denkt: eigentlich sind sie ja auch meine Kunden, denn sie nehmen mir etwas ab; leider bezahlen sie nicht dafür. Er redet sie lateinisch, griechisch und hebräisch an, aber sie bezahlen nicht. Benignstens kann er sein

# Funkwinkel.

Den aktuellsten Vortrag des Tages brachte Justizrat Prof. Dr. Heilbron. Er sprach über einzelne Abschnitte des neuen Strafgesetzbuchs, das in diesem Sommer vom Reichstag beraten werden soll. Prof. Heilbron, der stets zu seinem Stoff eine möglichst objektive Einstellung wahr, diskutierte u. a. auch die Beibehaltung der Todesstrafe in der Gesetzesvorlage nur nach sachlichen Gesichtspunkten. Er wies darauf hin, daß das neue Strafrecht, in dem eine wesentliche Uebereinstimmung mit dem österreichischen erstrebt wurde, eine starke Unterstützung des Ansehensgedankens bedeute. Diese Uebereinstimmung wäre aber bei Beibehaltung der Todesstrafe für Deutschland an einem wichtigen Punkt gestört, da die österreichische Todesstrafe abgeschafft worden ist. — Gegen das Vorurteil, das manche Eltern noch gegen Hilfsschulen haben, wandte sich Hilfschulrektor W. Raab mit seinen Ausführungen „Sorgenfrierer in der Hilfsschule“. Er betonte, daß die Eltern ihren Kindern am besten durchs Leben helfen, wenn sie sie in die Schule schicken, die ihren Fähigkeiten angepaßt ist und diese daher voll entwickeln kann. — Helene Braun legte unter dem Titel „Hilfe in der Not“ dar, wie wichtig es ist, daß soziale Liebeshätigkeit nicht nur mit dem Geldbeutel, sondern auch mit dem Herzen getan werde, wenn sie wirklich fruchtbar sein soll. — Armin L. Wegner legte seinen Vortrag „Abenteuer des Auges, Ergebnisse in der deutschen Landschaft“, mit einer poetischen Eindruckschilderung von der Insel Spitz, „der fliegenden Insel“ fort. — Die Abendveranstaltung gab den Hörern drei musikalische Abschnitte: aus dem Kabarett, dem Operettentheater und dem Opernhaus. Im Kabarett teilte sich gute Kräfte, Richard Görlich-Alvari mit seiner singenden Säge und Volte Werkmeister, aber recht durchschüttelnde Chansons. Gelungen war dagegen der Operetten- und Opernseite, die Bruno Seidler-Winkler mit dem Funfordester und die Solisten Angela Söds, Romana Hambril und Eugen Transty bestritt. Les.

Mißgeschick in drei fremden Sprachen ausdrücken. Dann schlägt er ein.

Im Traum setzt er seinen Weg fort. An der nächsten Straßenecke winkt ihm glückselig ein Laden und hoffnungsvoll tritt er ein. Er hat sich nicht getäuscht, denn man empfängt ihn mit den Worten: Ei lieber Freund, Sie kommen ja wie gerufen! und schnell hat er eine Mark 15 verdient. Glückstrahlend verläßt er das Lokal. Sein nächster Eintritt wird begrüßt: das ist aber herrlich, daß Sie kommen! gleich lassen Sie alles hier, was Sie noch haben. Bewundern Sie mich und mit einer Mark 50 Verdienst in der Tasche verläßt er den Raum. In der nächsten Straßenecke kommen ihm die Geschäftsleute sogar entgegen und er braucht nur noch notieren. Dann wach er auf.

Er betrachtet seine Stiefelsohlen, erhebt sich und geht weiter seiner Tätigkeit nach. Vielleicht lebt doch irgendwo einer, dessen Bedarf nicht gerade gedeckt ist. Berlin ist ja groß!

### Ein neues Kindertagesheim.

Der Arbeitskreis Jugendarbeit für Jugendseelsorge, dessen Kindertagesheim sich bisher in der Sophienstraße befand, hat nunmehr ein neues, weit besser ausgestattetes Heim in der Waldemarstr. 34 eingerichtet. Wenn es auch nur die Portierräume eines Hinterhauses mit einem winzigen Stückchen Hof sind, der als einzigen Schmuck eine Mülleimerbatterie besitzt, so hat man doch mit viel Liebe und Mühe versucht, den Kindern, die tagsüber kein richtiges Zuhause haben, einen einigermaßen angenehmen Aufenthalt zu bieten. Das Heim hat ungefähr für 35 Kinder Platz, die hier unter der Aufsicht von Hornerinnen ihre Schulaufgaben machen, Mittagbrot und Besper erhalten und die übrige Zeit mit Spielen oder selbstgewählter Tätigkeit verbringen. Bei der gestrigen Eröffnung des neuen Heims, an der zahlreiche Vertreter der Kommunalbehörden teilnahmen, gab der Vorsitzende Friedrich Lennhoff in kurzen Worten ein Bild über das Entstehen, die Entwicklung und die Ziele dieser Arbeitsgemeinschaft.

### Straßensammlung der Arbeiterkamerader.

Der Arbeiterkameraderbund veranstaltet für seine Kolonnen im gesamten preussischen Staatsgebiet in der Zeit vom 26. Juni bis 3. Juli eine Straßensammlung, deren Reingewinn zur Verwirklichung der Ausrüstungs- und Transportgeräte und zur Ausbildung von Krankenpflegerinnen verwendet werden soll.

Arbeitsgemeinschaft für Fortbildung und Naturkunde G. B. Die nächste Kriko-Wanderung gibt der Besichtigung des neuen Natur- schutzgebietes Solmer Luch bei Wildpark unter Leitung des Provinzialkommissars für Naturdenkmalpflege, Studienrat Dr. Hans Klose. Die Wanderung erfolgt am Sonntag, dem 26. Juni (Tageswanderung). Treffpunkt: bis vormittags 9 Uhr auf dem Bahnhof in Potsdam. (Fahrkarten bei Werder lösen.) Wanderung: Werder—Solmer Luch—Reihenberg—Wildpark—Potsdam.

„Vor Nationalsozialisten überfallen.“ Gestern berichteten wir über den Ueberfall von vier Reichsbannerleuten durch eine Horde Nationalsozialisten im Café Werder in Mariendorf, und wir nannten als verantwortlich für den Beirrt einen Polizeibeamten namens Seeling. Wie wir erfahren, handelt es sich nicht um einen Herrn Seeling, sondern um einen Polizeirat Hennig, dessen reaktionäre Bestimmung notorisch ist.

„Nauke“, der erste dressierte See-Elefant der Welt, dessen Bild fast sechs Monate lang während des Karl Hagenbed-Gastspiel von der Fassade des Zirkus Busch-Gebäudes die Berliner anschaute, ist, zusammen mit drei Seeelefanten, auf der Reise von Rofenhain nach Augsburg am Hitzschlage verendet. Dieses höchst seltene und sehr geliebte Tier kam von dem Südpol zu uns, und begeistertere Zoologen sagten: „Es ist für uns eine genau so große Neuigkeit, als wenn man ein Tier vom Mars geholt hätte.“

Rudolph Herzog am Kurfürstendamm. Die Firma Rudolph Herzog hat den Gebäudekomplex am Kurfürstendamm zwischen Ulland- und Grolmanstraße erworben, der bisher der Havod-Bersicherung A.-G. gehörte. Nach erfolgtem Umbau soll der Geschäftsbetrieb in den neuen Räumen zu Weihnachten eröffnet werden.

Topographia. Alle Sänger treffen sich am Sonntag, dem 26. Juni, nachmittags 4 Uhr, am Eingang zum Blücher-Saal, Altpompe 76, zum Schallplattenkonzert. Danach gemütliches Besanmenessen mit Damen im Restaurant „Königsgrüner Garten“, Königsgrüner Straße 111.

Sprechchor für proletarische Turner. Die Übungsstunde findet in dieser Woche am Freitag, dem 24. Juni, abends 7½ Uhr, im Gefängnis der Sophienstraße, Weinmeisterstr. 16-17, statt.





## In guter Gesellschaft.

Von H. Streiter.

Das „leidliche“ Gedicht eines jungen Dichters war von einer guten Literaturzeitschrift angenommen worden. Es schien fast ein Irrtum zu sein. Da stand nun das „leidliche“ Gedicht des jungen Dichters neben großen Namen. (Die Höflichkeit verbietet es, die Namen zu nennen.) Es waren lauter berühmte Namen. Das Gedicht schämte sich fast; was sollte es hier nur beginnen in dem dummen Kleidchen seines unberühmten Vaters. Es stand da und zitterte. Es freute sich aber auch wieder. Es warf sich in die Brust vor Stolz, neben den „Großen“ stehen zu können. Dazu noch sein sauber gedruckt, auf gutem Papier, genau so wie sie, die es so sehr verehrte und deren vollendete Sprache es beneidete. Aber es fürchtete sich auch, sogleich wieder hinausgeworfen zu werden aus dieser guten Gesellschaft, in die es doch nicht so recht hineingepaßt. Was machte sich wohl der Redakteur gedacht haben, es anzunehmen und ihm einen so guten Platz anzuweisen, sprach es vor sich hin. Vielleicht hatte er gut geträumt (gar von seiner eigenen Jugend, da er selbst Gedichte schrieb und an unzählige Verleger sandte, um vergeblich auf Abdruck und — auf das schmale Honorar zu warten). Jedenfalls stand das „leidliche“ Gedicht nun gedruckt in der Zeitschrift, die einen angesehenen Namen führte, und wartete darauf, in die Expedition des Blattes, und von da in die Welt hinauszumandern.

Und wirklich, es ging los. Je hundert Exemplare der Zeitschrift, zu einem Bündel verpackt und mit einer Postadresse versehen, flogen in die Waggons der Eisenbahn und wurden zu unzähligen Städten getragen, die der junge Dichter nicht einmal dem Namen nach kannte. Drei Exemplare der Zeitschrift gingen aber auch an die Adresse des jungen Dichters. Eine kleine Notiz lag ihnen bei, daß das Honorar bald folgen würde. Ei, wie freute sich der junge Dichter. Seine Leser müssen nicht glauben, etwa des Honorars wegen, nein, das war ja ganz gut und schön, aber — der junge Dichter war eigentlich — nur im Nebenberuf Dichter. Man nennt solche Leute Dilettanten. Er hatte lange genug gefühlt, daß Hunger wehe tut, und da hat er eben zugegriffen und ist Hausdiener geworden, Packer, in einem Blumen- und Kleider-Engros-Geschäft. Morgens, wenn er zur Fabrik ging, schrieb er unterwegs Gedichte, oder des Mittags in der Pause, oder des Abends auf dem Heimweg. Der Rand einer Zeitung, sein Stullenpapier genügt ihm, die Skizzen der Gedichte aufzunehmen. Zu Hause schrieb er sie dann fein säuberlich ab, schrieb ein paar Zeilen dazu, steckte beides in ein Kuvert, fügte ein Freikuvert bei und sandte es an irgendeine Zeitschrift, um das ganze nach einigen Tagen oder Wochen mit einem gedruckten Bedauern zurückzuerhalten.

Aber diesmal hatte er Glück! Eilig öffnete er das Päckchen — voller Freude sah er sein Gedicht. Sah sein Gedicht und seinen Namen gedruckt! Er streichelte zärtlich das Papier, blätterte behutsam in der Zeitschrift herum, blickte voll demütiger Verehrung auf die großen Namen, in deren Nähe der seine gestellt war. O, schon träumte er von dem Glück, das ihm die Annahme des Gedichtes bringen würde. Er hätte so gerne Vorträge über Literatur gehört, manches gute Buch zur Fortbildung gelesen, doch wann denn? Abends, nach schwerer Arbeit, war er zu müde, um folgen zu können.

Als er so da saß, die Zeitschrift in den Händen, wurde ihm sein kleines Zimmer zu eng. Ihm schien, die Wände würden ihn erdrücken, die Bilder von den Wänden fallen, die Bücher aus den Regalen, die Blumentöpfe vom Fenster Sims. Er fühlte, er muß hinaus, hinaus, nur hinaus! Auf der Straße empfing ihn der würzige Duft der aufstehenden Linden. Er taumelte unter den Bäumen dahin wie ein Trunkener. Wie lange er sich auf der Straße aufgehalten hatte, das wußte er nicht, er fühlte nur, daß er todmüde war, als er sich auf sein schmales Bett warf.

In der Nacht wurde er wach. Er hörte Stimmen. Woher mochten die nur kommen, fragte er sich vergeblich. Sie schienen ihm von einem Zimmer nebenan oder unter ihm her zu kommen. „Was bilden Sie sich denn ein,“ sagte jemand, „so mir nichts, dir nichts, in unseren erlesenen Kreis einzudringen?“ „Ja, es ist unerhört,“ ließ sich ein anderer vernehmen, „jahrzehntelang haben wir Tradition gewahrt. Und nun, mit einem Male, wagen Sie es, unsere überkommenen Rechte wankend zu machen. Drängen sich ein, drängen sich vor, ohne eigentliches Verdienst. Das hätte in meiner Jugendzeit, Gott sei Dank! nicht passieren können.“ „Woher stammen Sie überhaupt?“ fragte eine andere Stimme, „drängen sich ohne Empfehlung ein in unseren Kreis. Es ist allerhand! Spüren Sie denn nicht selbst ihre Annahme?“ „Aber die Revolution hat alle Bande gelockert. Ganz gewöhnliche Proletarier, schmutzige Kinnleindichter stellt man neben uns. Unerhört!“ (Die Stimme schnappte über und konnte nicht weiter.) „Aber mein lieber Doktor, beruhigen Sie sich! Ich nahm dieses Gedicht auf, weil es doch ganz leidlich ist. Sein Verfasser ist ein ehrlicher junger Mann.“ „Doch ein Arbeiter, ein ganz gewöhnlicher Prolet, nicht wahr?“ entrüstete sich die Stimme von vorn. „Ja, das wohl,“ entgegnete die Stimme, die vor der letzten sprach, „Arbeiter sind wir doch alle. Bill! schön, geben Sie zu, ihre Mitarbeit an unserem Blatte ist gewiß eine ganz hervorragende Leistung. In Anbetracht dieser Leistung wird ihre Mitarbeit auch honoriert.“ Die Stimme, die eben so sprach, sahien die eines Redakteurs zu sein. „Gewiß, Arbeit! Aber Arbeit und Arbeit ist zweierlei!“ warf eine andere Stimme ein. „Überhaupt der Gedanke, Gedichte zu schreiben, wäre früher keinem Arbeiter gekommen. Aber jetzt? ... Sie haben keine Bildung, keine Achtung ...“ Die Stimme, die eben sprach, blickte sich stolz im Kreise um, alle drümen zustimmend und drangen herausfordernd auf den Eindringling ein, der bis jetzt wirklich verhämt und gedrückt geschwiegen hatte. Jetzt aber hielt er die Zeit für gekommen, eine Erklärung vom Stapel zu lassen: „Arbeit, sagten Sie, meine Herren, was Arbeit ist, wissen Sie nicht! Ihr Schreiben ist, deutlich gesagt: nur noch Unterhaltung für Sie und Ihre Gleichen. Arbeit trägt Schwelgen an den Händen, Wunden im Herzen, weiß von Not und Qual langsam unter Entbehrungen höher zu klettern, ums Licht zu ringen, um es denen, die an der Werkbank, auf dem Kontorschemel, im Magazin, vor glühenden Hochöfen, in der Grube unter Tag, im Laboratorium und im Maschinenaal schwitzen, zubringen, ihnen für ein paar Minuten während der Arbeitspausen neuen Mut, neue Hoffnung auf ein besseres, freieres Leben zu geben. Ihnen soll die Kunst Lichtstrahl sein, der ihnen die Höhe weist, die im Sonnenlicht liegt, Hoffungsstrahl, kämpfend dieses Leben für das Ziel: Freiheit und Freude, zu wagen. Vom Volke sprechen Sie, aber Sie kennen das Volk nicht. Das Volk wartet

darauf, daß man ihm gibt, was es empfinden, miterleben, wiedererleben kann: Volkskunst. Geben Sie doch dem Volke seine Kunst! Steigen Sie herab, gehen Sie ins Volk, werden Sie volkstümlich. Aber das wollen Sie ja nicht! Sie wollen Elite bleiben, schützen ihre Unterhaltungsliteratur, mit der Sie ihre Langeweile töten, als „Arbeit“ vor. Auf Kosten derer, die das langweilige Leben ihrer Leser erhalten, leben Sie, von ihnen lassen Sie sich tragen. Die körperliche Arbeit verachten Sie, aber Sie, gerade Sie, leben von der Arbeit der Arbeiter! Das heißt Arbeit: mit denen dort unten fühlen, ihre Wünsche kennen, ihre Sehnsucht nach einem menschenmöglichen Diesseits wach zu halten! Ich suche die Welt, die ich erlebe, der ich entstamme, nach einem neuen Willen zu bilden, mich selbst mit ihr für die Zukunft reif machen. Was nennen Sie Bildung? Ist es ihr Verdienst, daß ihr Vater einige Säcke Blutgroßchen zusammengetrotzt hat, daß er ihnen die Türen zu

## Das neue Strafgesetz.

Der deutsche und der österreichische Strafgesetzentwurf stimmen wörtlich überein bis auf die Todesstrafe, die nur im deutschen Entwurf steht.



Deutschland und Oesterreich legen Wert auf die gleiche Kleidung. Nur den Kopf überläßt Deutschland dem österreichischen Bruder allein!

Gymnasien, Seminaren, Universitäten öffnen konnte. Sind die Zeugnisse, die Titel, die Sie ernen konnten, allein das Ergebnis ihres Fleißes und nicht auch das der dienstbaren geistigen Sklaven, die des Brotes wegen ihnen mit Rat und Tat den Weg zur Höhe, auf der Sie jetzt stehen, erleichterten?! Diese Fragen mußten unangenehm in den Ohren der Hörer klingen. Alle schnatterten sie durcheinander: „Empörend!“ „Vöbel!“ „Prolet!“ „Das hat man nun davon,“ entrüstete sich die Stimme des Redakteurs, „wenn man jungen Arbeiterkinder den Weg zur Höhe erleichtern will. Man sollte sich um diese Burlesken grundsätzlich nicht kümmern. Sie bringen einem nur Ländert, Mergel und Verdruß ...“

Der junge Dichter hielt es an der Zeit aufzustehen, er nahm eine Schere und schnitt seinen Beitrag aus der Zeitschrift, denn er dankte dafür, seinen Namen in solch „guter“ Gesellschaft zu wissen. „Mögen sie jetzt reden bis Ultimo,“ dachte er, dann schief er wieder ein.

## Ein Buffalo-Bill-Museum.

Im amerikanischen Staats Wyoming wird in diesem Sommer ein Buffalo-Bill-Museum eröffnet zur Erinnerung an Colonel William Frederick Cody, bekannt unter dem weltberühmten Namen Buffalo Bill. Was eigentlich in seinem Museum zur Schau gestellt werden soll, ist noch nicht heraus. Immerhin wird genug Neugierde vorhanden sein auf das etwa Belangreiche, was Buffalo Bill, der Held so vieler Jugendbücher und Zirkusmanagen, der nachwelt vererbt haben könnte. Colonel Cods Leben ist ein gut Stück Geschichte des amerikanischen Aufschwunges um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts und in seinen Anfängen unwitert vom Glanze der Indianerromantik, die er selbst auch in ihren weniger angenehmen Bestandteilen häufig genug erproben mußte. W. F. Cody wurde zuerst einer größeren Öffentlichkeit bekannt als der tüchtigste Bereiter des sogenannten „Bonn-Expres“, des Postdienstes, der im Frühjahr 1860 von Pikes Peak Expres-Compagnie mit Pferden eingerichtet wurde, um die Post über Land von St. Joseph, Missouri, nach Sacramento, Kalifornien, zu befördern. Jeder Reiter mußte 75 Meilen pro Tag zurücklegen, was im Hinblick auf das damals noch völlig unultivierte und unwirtliche Land und die feindliche Haltung der Indianer nicht ungefährlich war. Als die Bonn Expres Co. nach Eröffnung der Pacific Telegraphic Compagnie eingestellt wurde, trat Cody in den amerikanischen Heeresdienst ein. Er nahm am Nordamerikanischen Bürgerkrieg und einigen Kriegen gegen die Indianerstämme teil und fiel überall durch sein rücksichtslos-berwegenes Draufgängerium auf. 1867 erwarb er sich seinen Beinamen „Buffalo Bill“ (Büffel-Bill); er trat in den Dienst der Kansas Pacific Eisenbahn und übernahm es, das Personal der Bahn, das auf einigen Linien von der Außenwelt abgepflossen war, dauernd mit frischem Büffelfleisch zu versorgen. Später organisierte er große Jagden auf Büffel und anderes Wild, die ihm weltbekannt machten. Wenig in Liebereinstimmung mit seinem Charakter war seine Gastrolle als Mitglied des Abgeordnetenhauses des Staates Nebraska. Er verzichtete denn auch sehr schnell auf eine politische Laufbahn und trat mit einer „Wild West Show“ eine Welttournee, u. a. nach Europa an, wo er sich als Held der Wildnis anstalten ließ. Ihm steht ein Museum zu errichten, paßt prächtig zu dem amerikanischen Geiste der Verherrlichung aller physischen Talente.

## Die Musikseele der Maschinen.

Von Mathilde v. Leinburg.

Edison prophezeigte kürzlich, durch die Weiterentwicklung der Technik und des Verkehrs werde sich das obenbetäubende Lärmen von Dampfmaschinen, Fabriksirenen usw. mit der Zeit so steigern, daß in hundert Jahren die gesamte Menschheit taub sein werde. Wir Menschen der alten Welt wollen jedoch hoffen, daß wenigstens uns die Erfüllung dieser Prophezeiung erspart bleiben möge. In Amerika, dem „Land der Maschine“, oder, wie es auch genannt wird, dem „Land ohne Musik“, hat die „holbe Kunst“ Musik ja ihren lärmenden Auswuchs, die Jazzmusik, gezeitigt. Ein deutscher Reklame-Prof. Benzmer, schildert diese, nur in Amerika in unerschütterlicher Echtheit vernehmbare Jazzmusik als die „vertonie rhythmische Dynamik der Maschine selbst“. „So sehr empfinde ich das,“ erzählt er, „daß ich beim Anhören von manchen Jazzstücken — sobald ich die Augen schließe — alsbald im Geiste eine riesige Maschine vor mir sehe, deren Kolbenstangen auf und ab greifen; auf und nieder, in nimmermüden, immer gleichbleibendem Takt. Für alles an der Maschine gibt es entsprechende Analogien in dieser Musik: für das gemüthliche Sichaneinander-Vorbeiziehen der Exzenter, für die brausend auf- und abjagenden Pleuel, für den zischend ausströmenden Dampf, für das Surren der Turbine und das Brummen des Elektromotors. Und zwischen alledem glaubt man die bald lachenden, bald klagenden Stimmen von Menschen zu hören; von Menschen, die in diesem nichts Individuelles mehr an sich haben, sondern die in ihren Lebensäußerungen an den Rhythmus der Maschine gekoppelt, auf das Rad der Maschine geflochten, im Mechanischen aufgegangen, eins mit ihm geworden scheinen.“ Die modernen Komponisten lockt es, den Geräuschen der Maschinen musikalisch verwertbare Ideen zu entnehmen. England beglückwünscht sich zu einem „Dampfer-Komponisten“, Eugen Hoofens, der unter dem Gesamt-Titel: „Schiffe“ drei Orchesterpräliminien geschrieben hat; diese brüden alle Tonwelleneffekte instrumental aus, die ein „Schlepper“ ein „Paketboot“ und ein anderes „Schiff“ hervorbringen vermögen. Der Utsche Ernst Krenel führt in seiner zweistimmigen Oper „Jonny spielt auf“ das ganze Nachtgetriebe auf einem Bahnsteig, den ankommenden und abfahrenden Expreszug, in Tönen auf der Bühne vor. Den Höhepunkt des aus dem heutigen Zeitgeist geborenen tonkünstlerischen Schaffens hat schon vor Krenel der Schweizer Arthur Honegger erreicht. Honegger sucht in einer bloß zehn Minuten währenden musikalischen Studie: „Pociffe 231“ auch das Seelische einer Maschine zu erfassen, er schildert das Seelenleben einer Lokomotive! Er gestaltet nicht bloß den Grund aller Musik, den Rhythmus dieses Zischens und Brausens einer abfahrtsbereiten Lokomotive, den Rhythmus des Einfahrens mit dem schweren Schnellzug und sein gleichmäßiges Dahinjagen mit 90 Kilometer Stundentempo usw., er wirkt nicht nur tonmalersich folgendermaßen: diesem der Lausart seiner Zeit im Lokomotivtempo vorausweisenden Reutöner, der, wie er selbst von sich sagt, von jeder Lokomotive so lebenshaftlich geliebt hat „wie andere Männer Frauen oder Pferde“, ist es tatsächlich gelungen, daß der Zuhörer bis realen Rärmercheinungen des geschilderten Maschinengetümmes fast vergißt und wirklich ein selbsttätiges und selbstmühlendes Wesen der Maschine zu erkennen verneint. Ein deutsches Filmunternehmen hat dieses „Seelenleben einer Lokomotive“ optisch zu illustrieren versucht, wozu zwei aus zwei Apparaten übereinander projektierte Filme verwendet werden. Honeggers „Mouvement symphonique“ — so nennt der Komponist seine Gestaltung des „offuellen Eindrucks und physischen Genusses“, den „eine Lokomotive vom Typus Marke 231 für Gütereilzüge“ verschafft, — hat solche sichtbare Beigabe nicht erst notwendig, denn auch bei dieser Schöpfung bewahrheitet sich, wie Schopenhauer das Verhältnis der Musik zu allen Dingen definierte: „Aus dem innigen Verhältnis, das die Musik zum wahren Wesen aller Dinge hat, ist auch dies zu erklären, daß, wenn irgend eine Szene, Handlung, Vorgang, Umgebung, eine passende Musik ertönt, diese uns den geheimen Sinn derselben aufzuschließen scheint und als der richtigste und deutlichste Kommentar dazu auftritt.“

Die Bewältigung einer solchen völlig neuen Aufgabe für das Orchester ist nicht bloß für den Dirigenten eine hervorragende Leistung. Wenn auch zu Beginn des Werkes, der das ruhige Klängen der Maschine im Stillstehen malt, noch manches Orchestermitglied sich nur mit schüchternen Heiterkeit an seinen Part macht — beim allmählichen Anwachsen der Schnellzüge, bis zu dieser — es läßt sich nicht anders ausdrücken! — für das Ohr atemraubenden Pathetik ihres tyrischen Hoostands, wird jeder Mitwirkende und jeder Zuhörer derart mitgerissen, daß man zum Schluß eine erhobene Erregtheit in sich fühlt, wie sie sonst nur das Schöne erzielt.

Der mechanische Souffleur. Eine französische Zeitschrift bespricht eingehend eine Erfindung, auf die kürzlich ein Patent erteilt worden ist und die, wenn sie praktisch angewandt werden sollte, den Souffleur im Theater überflüssig machen soll. Es handelt sich um einen mit einer optischen Vorrichtung versehenen Apparat; Blätter, auf denen die Rolle abgedruckt ist, rollen langsam auf einer Trommel ab, deren Umdrehungen verlangsamt oder beschleunigt werden können. Der Schauspieler erhält dadurch die Gelegenheit, seine Rolle Zeile für Zeile abzulesen zu können, ohne daß die Vorrichtung dem Publikum sichtbar wird. Die Frage, ob es sich hier wirklich um einen Fortschritt handelt, ist indessen zu verneinen. Jeder Schauspieler wird, wenn er auch den Souffleur nur als notwendiges Uebel bewertet, ohne weiteres beistimmen, daß ein geschriebener Text, wenn er ihm auch noch so klar vor Augen geführt wird, niemals dem Souffleur zu ersetzen vermag. Wenn der eine Schauspieler zum Vorlesen von hundert Zeilen fünf Minuten braucht, so benötigt ein anderer ungleich längere Zeit, weil zwischen zwei Künstlern hinsichtlich der Intonation, der Atempausen und der Schnelligkeit der Sprache ausnahmslos mehr oder weniger große Unterschiede bestehen. Der mechanische Souffleur funktioniert aber mit der Regelmäßigkeit eines Uhrwerks und kennt keine rhythmische Differenzierung. Keine Erfindung wird deshalb den Souffleur ersetzen können, aus dem Grunde, weil beim Wettbewerb zwischen Mechanik und Intelligenz jene stets den Kürzeren ziehen wird.

Künstliche Befruchtung. Moderne Züchter verwenden schon seit längerer Zeit bei ihren Vögelzucht die künstliche Befruchtung, wenn besondere Umstände dies erwünscht erscheinen lassen. So wird berichtet, daß der Silberfuchs, der in der Form oft sehr nervös ist, gut durch künstliche Übertragung befruchtet werden kann. Die wissenschaftliche Biologie hat schon manchmal bei den Züchtern etwas gelernt. Vielleicht wird die noch ganz im dunkeln liegende Bastardlehre auf dem Wege eines systematischen Studiums der Wirkungen künstlicher Befruchtungen etwas aufgeklärt werden. Die künstliche Befruchtung ist nämlich das Mittel, um Konstellationen willkürlich herzustellen, die vielleicht einmal in Millionen Jahren irgendwo von selbst in der Natur auftreten. Die Frage ist deswegen von Bedeutung, weil für den Darwinismus wichtig ist, ob alle Arten durch langsame Veränderungen auseinander entstanden sind, oder ob es außerdem nachträglich entstandene Arten, die sich durch Kreuzung gebildet haben, gibt. Letzteres wird meist bestritten, mit dem Hinweis darauf, daß Bastarde unfruchtbar sind. (Mausfelle.) Unsere Bastardzuchtungen sind aber sehr gering, und man kann aus einzelnen Erfahrungen kein Naturgesetz ableiten. Die künstliche Befruchtung gestattet, den einzelnen und zufälligen Beobachtungen und Erfahrungen ein systematisches Forscher an die Seite zu stellen.

# Neue Wege der Ferngasversorgung.

Von Stadtbaurat Dejerberg-Mainz.

Es ist das begreifliche Bestreben des Steinkohlenbergbaus, sich einen möglichst großen Anteil an allen Möglichkeiten der Kohlenverwertung und Kohlenveredlung zu sichern. Dieses Bestreben wollen wir ihm nicht verübeln, nur die Art und Weise, wie er dieses zu erreichen versucht. Was der Bergbau will, zeigt immer noch am deutlichsten die vom Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat zur Gründung der Gesellschaft für Kohlenverwertung in Essen herausgegebene Zeitschrift, die der Mitgliederversammlung am 30. September 1926 bezeichnenderweise mit der Bemerkung: „Streng vertraulich! — Nicht für die Presse bestimmt!“ vorgelegt worden ist. Die Zeitschrift sagt u. a. folgendes: „Die Schwere der Zeit, die großen steuerlichen und sozialen Belastungen des Steinkohlenbergbaues sowie große Abjagat, insbesondere für gewisse Brennstoffarten, zwingen zu Ueberlegungen, ob eine Steigerung des Abjages zu erträglichen Preisen durch gemeinschaftliches Vorgehen auf Wegen zu erreichen ist, die bisher im Syndikat noch nicht angewandt wurden. Bei den großen Fortschritten der Wissenschaft und Technik in der Verwendung und Umwandlung der Kohlen liegt es nahe, diese zu benutzen, um eine Abjagsteigerung über den Werkstoffverbrauch zu erreichen. Das kann aber den erprobten Methoden bedeutenden Erfolg nur dann haben, wenn die zu treffenden Maßnahmen nicht mehr wie bisher den einzelnen Mitgliedern des Kohlenyndikates überlassen bleiben, sondern von ihrer Gesamtheit getroffen werden, weil alles darauf ankommt, auf diesen neuen Gebieten von vorn herein jeder ungesunden Konkurrenz vorzubeugen.“

## Brechen in den Monopolabsichten an der Ruhr.

Damit jagt der Bergbau alles. Er gibt indirekt selbst zu, daß er eine Monopolstellung zu erringen sucht. Ausschlaggebend zu sein für den Kohlenhandel nicht nur, sondern auch für alle Produkte, die die Kohlenveredlungsprozesse liefern, damit für 87,4 Proz. der deutschen Energievorräte, das war das Ziel. Darum ist es sehr zu begrüßen, daß in die Bestrebungen des Bergbaues Brechen hineingebracht worden sind, sowohl von der Dessauer Gasgesellschaft durch unmittelbaren Zehentkauf, als auch von den Städten Köln und Frankfurt durch den Erwerb der Kohlenfelder. Damit ist der Bergbau an der wichtigsten Stelle angegriffen worden. Darum auch die Hege gegen die Dessauer Gasgesellschaft, insbesondere aber gegen die Kommunen, die den Mut aufbrachten, die Bestrebungen der U. G. für Kohlenverwertung an der Wurzel anzuschneiden. In der „Deutschen Bergwerkszeitung“ vom 9. Januar 1927 verurteilte die U. G. für Kohlenverwertung das Vorgehen der Dessauer Gasgesellschaft in seinem Wert zu verfeinern und auch die Ansicht der Dessauer Gasgesellschaft, daß eine Ferngasversorgung nur in einem bestimmten Aktionsradius sicher durchführbar sei, als anmaßend zu bezeichnen.

## Gegen die Dessauer Gasgesellschaft.

Ueber den Kohlenfelderkauf der Dessauer Gasgesellschaft sagt die U. G. für Kohlenverwertung nur, daß die Zukunft es lehren wird, ob der beschriebene Weg der richtige war. Sie sagt aber in einem Atemzug weiter, vom allgemeinen volkswirtschaftlichen Standpunkte aus wäre jedenfalls ein Zusammenarbeiten mit der U. G. für Kohlenverwertung wünschenswerter. Wenn man diesen Standpunkt mit demjenigen zur Gründung der Gesellschaft für Kohlenverwertung vergleicht, so weiß man genau, warum ein Zusammengehen wünschenswerter wäre.

Bahin die Entwicklung der Dessauer Gasgesellschaft geht, wird die Zukunft lehren. Aus den Ausführungen des Vorstandes der Dessauer Gasgesellschaft, des Generaldirektors Oberbaurat Hed, auf der letzten Tagung des Elektrobundes glaube ich nicht entnehmen zu können, daß die Gesellschaft dem frommen Wunsch der U. G. für Kohlenverwertung auf ein Zusammengehen mit ihr nachkommen wird. Schon der am 11. Juni dieses Jahres der Generalversammlung vorgelegte Geschäftsbericht der Gesellschaft sagt, daß der ihren Gaszerzeugungsmitteln gleichartige Betrieb der Kohlerei der Jede Weisheit als Nebenproduktwirtschaft und die Gasgesellschaft der Gemerkschaft mit den sonstigen Unternehmungen völlig verschmolzen werden sollen. Aus diesem Grunde seien Schritte unternommen, um eine Gasverleitung von der Kohlerei der Zeche nach ihrem Gasverorgungsgebiet Hannover-Linden herstellen zu können.

## Die städtischen Kohlenfelderkäufe.

Ganz scharf ist die U. G. für Kohlenverwertung gegenüber dem Kohlenfelderkauf der Städte Köln und Frankfurt vorgegangen. Man sagt, es sind nicht die schlechtesten Früchte, an denen die Wespen nagen. So wohl auch hier. Es ist doch manches anders, als die Öffentlichkeit von der Gegenseite unterrichtet ist. Das gilt besonders für den Verpflichtungschein, der die Voraussetzung war, daß die Städte Frankfurt a. M. und Köln zum Kohlenfelderkauf kamen. Der Verpflichtungschein besagte bekanntlich, daß die Zechen sich verpflichten müssen, keine Werke zu beliefern, die brennbares Gas an Dritte abgeben, nach derartige Werke ohne Zustimmung einer Dreierternmehrheit der Generalversammlung der U. G. für Kohlenverwertung mit Brennstoff zu beliefern, noch sich daran zu beteiligen. Die Brennstoffsperrung ist später beseitigt worden, als sie ihre für die Ruhrablästen vorhersehenden Wirkungen gezeigt hatte.

Soweit ich den Kohlenfelderkauf der Städte Köln-Frankfurt kenne, ist er vom bergmännischen Standpunkt kein schlechter. Auch von dem Ruhrbergbau nachstehenden Sachverständigen wurde erklärt, daß die Kohlen für die Städte bestimmt nicht teurer würden als ein Kohlenbezug durch das Syndikat. Das ist ein äußerst günstiges Urteil über die Kohlenfelder. Andere Urteile gehen dahin, daß die Kohlenverwertungskosten nach weit unter die Syndikatspreise zu liegen kommen, besonders, wenn die Kohlen mit eigenen Schiffen verbracht werden. Der große Vorteil eigener Kohlenfelder ist der, daß die Städte bzw. ihre Gaswerke stets eine bestimmte Kohlenart erhalten, und in dieser Beziehung unabhängig sind von der Willkür des Kohlenyndikates, das sich auf Lieferung bestimmter Kohlenarten nicht einläßt. Eine bestimmte gleichmäßige Kohlenart ermöglicht stets gleichmäßige Entgasungsverhältnisse und insbesondere einen stets gleichmäßigen guten Koks, was bei der Rolle des Koksabjages für die Wirtschaftlichkeit eines Gaswerkes von großer Bedeutung ist. Die Gaswerke stehen in dieser Beziehung in starker Konkurrenz mit den Zechen, denen natürlich geeignete Kohlen zur Erzeugung von hochwertigem Koks in genügender Menge zur Verfügung steht. Ohne eigene Kohlenbasis sind die Gaswerke immer dem guten Willen des Syndikates ausgeliefert, und das Syndikat hat es in der Hand, die Konkurrenz des in Gasanstalten gewonnenen Kokses aufkommen zu lassen oder nicht. Dem kann von den Gaswerken nur durch eine eigene Kohlenbasis begegnet werden.

## Der Chemietrust. — Das Kohlenwirtschaftsgesetz.

Man hat in der Öffentlichkeit auch gesagt, daß, wenn die Fellese gut gewesen seien, Rheinisch-Westfälische nicht abgefallen hätte. Für den Verkauf sind aber wohl andere Gründe maßgebend gewesen, die in dem Uebergang von Rheinisch-Westfälische in den Besitz des Chemietrusts liegen und die leicht in bestimmten Absichten des Chemietrusts gegenüber der U. G.

für Kohlenverwertung ihre Erklärung finden können. Daß Düsseldorf nicht mitgemacht hat, bedeutet nichts. Man muß berücksichtigen, daß die kommunalpolitischen Verhältnisse, in Düsseldorf sehr stark von der Schwerindustrie beeinflusst werden, und daß in Düsseldorf noch andere Fragen der Erledigung harren, die die Finanzen der Stadt sehr in Anspruch nehmen. Viel beachtlicher ist, daß sich Düsseldorf für die Eigenerzeugung und nicht für einen Fernbezug ausgesprochen hat. Das sachliche Urteil hatte wohl der „Vorwärts“ in dieser Sache (vergl. Abendausgabe vom 21. April 1927, „Kommunen gegen Kartelle“).

Mit diesen Betrachtungen allein ist der Wert der Kohlenfelder für die Städte noch nicht vollkommen erfährt. Richtig erfährt wird der Wert erst dann, wenn feststeht, wie weit das bestehende Kohlenwirtschaftsgesetz die Ausbeutung der Kohlenfelder beeinflussen kann. Der Wert kann unter Umständen sehr stark beschränkt werden, wenn die Städte gezwungen werden können, dem Kohlenyndikat beizutreten. In diesem Falle unterliegen sie auch den Bestimmungen des Selbstverbraucherausschusses und diese können unter Umständen sehr hinderlich sein für die Ausnutzung der Kohlenfelder. Diese Frage bleibt noch zu prüfen. Nach meiner Ansicht kommt die Anwendung des Gesetzes nur in Frage, wenn von den Kohlen auch noch Mengen zum Verkauf gelangen müssen. Werden die Kohlenfelder nur dazu benutzt, um den Kohlenbedarf von öffentlichen Betrieben zu decken, so kann nach meiner Ansicht die Bewirtschaftung nicht unter das Gesetz fallen. Jedenfalls ist es unsere Pflicht, dahin zu arbeiten, daß alle Schwierigkeiten, die der gemeinsamen Ausnutzung der Kohlenfelder entgegenstehen, beseitigt werden, eventuell unter Einräumung von Sonderrechten, die im bestehenden Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft noch nachträglich verankert werden können.

## Praktische Gruppenenergieversorgung.

Köln und Frankfurt werden die Kohlenfelder, soweit ich orientiert bin, nur bis zu 50 Proz. ausnützen können. Eine weitere Beteiligung für die gemeinschaftliche Ausnutzung der Kohlenfelder wird gewünscht. Wenn man hier ein Gemeinschaftswerk gründet, so können wir auch dem Gedanken von Gemeinschaftswerken in der Gaszerzeugung näher und zwar solchen, die in erster Linie in der Hand der Kommunen liegen. Uebertragen wir diesen Gedanken auf die Praxis, so läßt sich leicht ein westdeutscher Städtebund ermöglichen, der in höchst gewinnbringender Art und Weise Kohle fördert. Gas erzeugt und verteilt. Damit wäre auch der Weg gegeben, um im organischen Aufbau eine Gasversorgung in großem Stil zur Durchführung zu bringen unter Beibehaltung von bestehenden Großwerten als Zentren in den einzelnen Wirtschaftsgebieten. Darüber besteht heute schon volle Klarheit, daß die regionale Zusammenfassung der Gasversorgung das volkswirtschaftlich richtige ist, auch für die Ruhrkohle in ihrer natürlichen Reichweite.

## Gegen chinesische Mauer.

Wichtig ist für die zukünftige Entwicklung das richtige Vorgehen der Länder. Die Landesgrenzen sind vielfach Hindernisse für die Entwicklung. Die Landesgrenzen dürfen in der wirtschaftlichen Entwicklung keine Rolle spielen. Es gibt tatsächlich Länder, die sich in Fragen der Gasversorgung mit einer chinesischen Mauer umgeben wollen und Gesetze in Vorbereitung haben, die jeder Bildung von Wirtschaftsgebieten die größten Schwierigkeiten bereiten können. In Hessen hat man z. B. alles mobil gemacht, weil eine heftige Gemeinde sich an das Fernerlösungsrecht einer nichtheftigen Großstadt angeschlossen. Mit Entrüstung sprach man von der Vereinigung der beiden Gaswerke Frankfurt a. M. (Preußen) und Offenbach (Hessen), obwohl der heftige Staat selbst eine Verbindung mit Frankfurt einging zur gemeinschaftlichen Ausnutzung der Braunkohlenfelder in Oberhessen. Auf der anderen Seite bereiten preussische Behörden der Gasversorgung von preussischen Gemeinden von heftigen Werken aus ebenfalls Schwierigkeiten. Bei solchen Hemmnissen haben dann zum größten Teil den Rücken die Privatgesellschaften, die, da sie dem Kreis vielleicht ein nichtsagendes Aktienpaket überlassen, auch noch nach jeder Richtung hin gestützt und gefördert werden.

So wie ein Gegeneinanderarbeiten von einzelnen Ländern zu verzeichnen ist, so kann man dieses auch beobachten zwischen einzelnen Kommunen. Es ist ein Hin- und Her auf diesem Gebiete, ein Kampf manchmal, der bis zum äußersten geht ohne Rücksicht auf volkswirtschaftliche Interessen. Das sind Verhältnisse, die dringend der Bänderung bedürfen und nur geändert werden können auf Grund einer Reichsregelung.

## Was wird aus dem Kohlenpreis?

Auf dem Industrie- und Handelstag hat Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius mit großem Nachdruck die bisher ablehnende Stellung der Regierung gegenüber den Forderungen der Zechen auf Erhöhung der Kohlenpreise begründet und noch einmal den Willen zur Abweichung bestätigt. Ziel der Rationalisierung der deutschen Wirtschaft müsse eine Vergrößerung des Abjages auf der Grundlage verbilligter Gütererzeugung sein. Daraus hat das Reichswirtschaftsministerium auch für die Frage der Kohlenpreise bisher die Konsequenz gezogen. Es muß erwartet werden, daß die Haltung der Regierung fest bleibt, gleichviel wie die Entscheidung des Reichskohlenrates am 27. d. M. ausfallen wird.

Wenn es auch richtig sein mag, daß die Durchschnittserlöse im bestrittenen Gebiet unter dem Druck der englischen Kohlenpreiserhöhung rückgängig sind, so ist doch die Gesamtlage der Kohlenwerke bei weitem nicht so ungünstig, als es gern dargestellt wird und es nach den rückgängigen Preisen im bestrittenen Gebiet aussehen möchte. Es darf nicht übersehen werden, daß die Erlöse aus dem Kohlenverkauf infolge der Kombination der meisten Zechen mit anderen Produktionen nur einen Bruchteil der Gesamteinnahmen ausmachen. Der immer noch steigende Inlandsabfall nicht nur für Kohlen, sondern auch für Eisenprodukte bildet für die meisten Kohlenwerke sehr vielfach einen Ersatz für die verringerten Erlöse auf dem Weltmarkt. Darüber hinaus ist der Erlös der Nebenprodukte, der nach unseren kürzlichen Darlegungen dauernd steigt, für die Kohlenwerke ein bedeutender Gewinnfaktor. Es besteht deshalb in keiner Weise eine Notwendigkeit für die Erhöhung der Kohlenpreise, ganz abgesehen davon, daß die gegenwärtige Wirtschaftslage eine Kohlenpreiserhöhung noch weniger verträglich als je.

## Genossenschaftstag in Essen.

### Eindrucksvolle Kundgebung der deutschen Konsumgenossenschaften.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat mit einer wichtigen öffentlichen Versammlung, an der 944 Delegierte teilnahmen, seinen 24. ordentlichen Genossenschaftstag beschlossen. Am 19. und 20. Juni hatten der Vorstand, Ausschuss und Generatrat des Zentralverbandes bereits getagt.

Zu den wichtigsten geschäftlichen Dingen wurde insbesondere zum Arbeitsschutzgesetz Stellung genommen. Die Ratifikation des Washingtoner Liebereinkommens wurde begrüßt, und unter Betonung des Grundgedankes der regelmäßigen achtstündigen Arbeitszeit wurden die Bestimmungen für die Betriebe der Genossenschaften als ausreichend bezeichnet. Die Neuregelung des Nachtarbeitsverbotes werde aber den Bedürfnissen des genossenschaftlichen Großbetriebes nicht gerecht. Das Gesetz müsse den Bäckereigrößbetrieben die Möglichkeit geben, in drei Schichten zu arbeiten. Der jegige Entwurf verhindere die wirtschaftliche Ausnutzung der Großbetriebe, steigere die Produktionskosten und führe zu höheren Brotpreisen. Alle Volkstreife werden mit höheren Brotpreisen belastet, nur um den Kleinbetrieben den Konkurrenzkampf gegen die wirtschaftlich überlegenen Großbetriebe zu erleichtern. Gegen diese Belastung der Verbraucher wird mit aller Entschiedenheit Einspruch erhoben. Bei den Bestimmungen über die Ladenöffnung an den Sonn- und Festtagen seien die im Gesetz vorgesehenen Ausnahmen einzuschränken und auch für den Ladeneschluß an Werktagen bestehe kein zwingender Anlaß zu Ausnahmen, nachdem die Konsumgenossenschaften durch langjährige Erziehungsarbeit bewiesen hätten, daß eine Ladenöffnung von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends ohne jede Ausnahme genüge.

Zu der öffentlichen Sitzung des Genossenschaftstages hatten Reichs-, Staats- und Stadtbehörden, die beiden großen bäuerlichen Genossenschaftsverbände, die Preuentkasse, die Sozialen Baubetriebe, der Reichswirtschaftsrat, das Internationale Arbeitsamt, der Internationale Genossenschaftsbund, die französischen, britischen, schwedischen, finnischen und belgischen Genossenschaften, sowie die Gewerkschaften Vertreter entsandt. Entsprechend an die Geneser Weltwirtschaftskonferenz forderte Lorenz-Hamburg von der Reichsregierung, daß den Worten des Ministers Stresemann auch Taten folgen müßten. Nach einer scharfen Ablehnung falscher wirtschaftlicher Maßnahmen, wie Konsumfinanzierung und ähnliches, hob der Redner die bewährten genossenschaftlichen Grundzüge des Verkaufs zu Tagespreisen nur an Mitglieder gegen Barzahlung hervor, wandle sich gegen die unehrlichen Kampfmethoden des Eisenhandels, die sich bis zu übler Spitzelerei verirren. Stürmisch begrüßt wurde der Senior der internationalen Genossenschaftsbewegung, der französische Universitätsprofessor Charles Gide. Nachdem die britischen, belgischen, schwedischen und finnischen Vertreter über den Stand des Genossenschaftswesens in ihren Ländern berichtet und der deutschen Bewegung einen weiteren Aufstieg gewünscht hatten, nachdem der deutsche Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes, Regierungsrat Donau, über die Beziehungen des Internationalen Arbeitsamtes zum Zentralverband deutscher Konsumvereine berichtet hatte, wobei auch die übrigen Redner die große volkswirtschaftliche Bedeutung der Konsumgenossenschaftsbewegung noch unterstrichen, wurde die eindrucksvolle Tagung geschlossen.

Guter Geschäftsgang in der Berliner Lampenindustrie. Doppelschichten bei der R. Frister U. G. Die Belebung, die im vergangenen Sommer auch für die Beleuchtungsindustrie einsehlich, hat noch genügt, die Abjagstokung des ersten Halbjahres auszugleichen. So kann auch die R. Frister U. G., Oberschöneweide, das abgelaufene Geschäftsjahr mit einem vernünftigen Reingewinn von rund 350 000 Mark (im Vorjahr 12 700 Mark) abschließen, der die Wiederaufnahme der Dividendenzahlung mit 5 Proz. auf das 6-Millionen-Markkapital gestattet. Die Bilanz weist wegen des im Dezember 1926 durchgeführten Zusammenstufes mit der Gebr. Ireal U. G., Berlin, erhebliche Veränderungen auf, da die Werte dieses Unternehmens mit eingegliedert wurden. Eine Kapitalerhöhung hat sich für die Frister U. G. zur Durchführung der Fusion nicht als notwendig erwiesen, da sie fast die gesamten Ireal-Aktien von 3 Millionen Mark in ihrem Besitz hatte. Durch die Auflösung der Reservefonds der Gebr. Ireal in Höhe von 300 000 Mark wurde diese Summe für Sonderabreibungen auf die maschinellen Anlagen frei, von denen außerdem noch 415 000 Mark abgebuht werden, so daß der Abschreibungsstock fast 45 Proz. der Maschinenwerte beträgt. Die Vorräte sind von 2,4 Millionen auf 3,6 Millionen angewachsen, sollen jedoch jetzt durch den starken Auftragsbestand in der Übernahme begriffen sein. Der Beschäftigungsgrad hat sich im neuen Jahr so erhöht, daß die Betriebe zur Bewältigung der Aufträge in Doppelschichten arbeiten müssen.

16 Proz. Dividende bei der Berlin-Gubener Hutfabrik U. G. Die Berlin-Gubener Hutfabrik U. G. Guben hat im vergangenen Jahr wieder größte Konjunkturgewinne erzielt. Außer der enormen Dividende von 16 Proz. (im Vorjahr 14 Proz.) konnte die weitere Rationalisierung der Betriebe auslaufenden Einnahmen gedeckt und in der Bilanz eine Abschreibung sämtlicher Zugänge vorgenommen werden. Nicht genug damit wurde außer dem mit 400 000 M. verdisponierten Dispositionsfonds noch eine Sonderzulage von 100 000 M. geschaffen. Die Schulden sind von 3,8 auf 3 Millionen gesenkt und werden von über 5 Millionen Forderungen fast doppelt gedeckt. Surselt sind die Betriebe auf zwei bis drei Monate bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt.

## DER BROTKORB

Es kosten  
10 Pfund  
EBkartoffeln:



Vor dem Krieg:  
**35 Pf.**

Vor 6 Monaten:  
**55 Pf.**

Vor 6 Wochen:  
**70 Pf.**

In dieser Woche:  
**85 Pf.**

**Wo bleibt der Zollabbau,  
Herr Volksernährungsminister?**